

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750 - 6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der Wunderdoktor

Es gibt auch kluge Kanzler. Da war zum Beispiel der schwedische Kanzler Oxenstierna. Er ist schon bald 300 Jahre tot. Aber das war ein sehr kluger Mann. Einem, der sich über die Geheimnisse der Staatskunst unterrichten wollte, vertraute er die Wahrheit an: „Sie glauben gar nicht, junger Mann, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“ Warum man gerade jetzt an ihn erinnert wird? Weil unseres Reiches Schatzkanzler, Herr Dr. Dietrich, in seiner Stuttgarter Rede am 6. Januar sich gegen die „Wunderdoktoren“ wandte, die dem deutschen Volke „mit Theorien und Schlagworten“ helfen wollen.

Was ist ein Wunderdoktor? Einer, der den Kranken heilen will, ohne es vorher gelernt zu haben; ohne von den inneren Zusammenhängen des menschlichen Körpers und von den Bedingungen seines Lebens etwas zu wissen. Und was tut Herr Dr. Dietrich? Er sagte in der selben Rede:

„Wo 4 Millionen Staatsbürger in Gefahr sind, in Verzweiflung getrieben zu werden, sind positive Maßnahmen alles und Bedenken nichts... Das ist so ungeheuerlich, daß alle grauen Theorien und theoretischen Bedenken zurücktreten müssen.“

Auf gut deutsch heißt das: Wenn die Not so groß ist wie jetzt, schiebe ich alle Überlegung beiseite und tue irgend etwas, obs hilft oder nicht. Genau so verfährt der Wunderdoktor.

Auf dieser geistigen Höhe steht denn auch der Vorschlag, den Herr Dietrich gemacht hat, angeblich, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Er will, daß den Arbeitslosen keine Unterstützung mehr gezahlt, sondern das Geld den Unternehmern gegeben wird, damit sie dafür mehr Arbeiter einstellen. Wenn Herr Dr. Dietrich sich wirklich einbildet, damit könne den Arbeitslosen geholfen werden, dann hat er in der Tat alle Überlegung beiseite geschoben und sich um die inneren Zusammenhänge der Wirtschaft, um die Lebensbedingungen des Kranken also, den er heilen will, genau so wenig gekümmert wie ein Wunderdoktor. Schon hat man ihm in der bürgerlichen Presse — und das will viel sagen — folgendes Exempel vorgerechnet: im ganzen deutschen Steinkohlenbergbau werden heute höchstens 450 000 Mann beschäftigt. Die bekommen durchschnittlich 200 M Lohn im Monat. Wenn man da noch 10 vH, also 45 000 Mann, die jetzt arbeitslos sind, hineinbringen will, braucht man dazu 9 Millionen M Lohn monatlich. Arbeitslosenunterstützung aber bekommen die 45 000 Mann nur je 80 M, das heißt 3 600 000 M. Wie soll nun von diesen 3 1/2 Millionen der Lohn bezahlt werden, der 9 Millionen ausmacht?

Aber weiter. Ebenfalls steht bereits in der bürgerlichen Presse zu lesen, daß für die 45 000 Neueinzustellenden ja gar keine Arbeit vorhanden ist. Es liegen ja jetzt schon riesige Kohlenbestände unverkäuflich auf den Halden. Sie noch anwachsen zu lassen, hat für den Kapitalismus gar keinen Wert. Im Gegenteil, er will sie verringern, und will, was er noch produziert, mit weniger Arbeitskräften schaffen, nicht mit mehr.

Hier liegt erst der Hund richtig begraben. Die bürgerliche Presse, die so schreibt, bestätigt, was wir seit Jahren immer und immer wieder betont haben: mit künstlicher „Arbeitsbeschaffung“ wird nicht im mindesten neue Arbeitsgelegenheit geschaffen, sondern höchstens wird die Beschäftigung von einer Stelle auf die andere verschoben. Herr Dietrich mag noch so viel Geld von der Arbeitslosenunterstützung abzweigen, ja er mag die ganze Unterstützung wegnehmen und als Arbeitslohn verwenden — es wird darum nicht ein Schlag Arbeit mehr getan. So viel wie an einer Stelle vielleicht neu eingestellt werden, ebensoviel und wahrscheinlich sogar mehr Arbeiter kommen anderswo zur Entlassung. Gegen die Arbeitslosigkeit wäre das die richtige Kur des Wunderdoktors Eisenbart.

Indessen, Gott und das heilige Republikenschutzgesetz mögen uns davor bewahren, von einem leibhaftigen Reichsminister zu glauben, daß er das alles nicht wüßte. Ach nein, diese einfachen Rechenexempel versteht Herr Dr. Dietrich sicher auch zu machen. Und trotz seiner Mahnung, man solle angesichts der großen Not alle Überlegung verachten und einfach drauflosfuhrwerken, neigen wir doch zu der Ansicht, daß er sich das alles vorher selbst ausgerechnet hat. Sein Plan ist überhaupt nur zu verstehen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Arbeitsdienstpflicht, von der jetzt soviel gemunkelt wird. Sie ist zwar am 12. Januar von den Unternehmern ebenso abgelehnt worden wie von den Gewerkschaften. Aber wiegen wir uns nicht in Sicherheit. Es ist schon manches später doch eingeführt worden, wenn man erst die für die Unternehmer günstigste Form gefunden hatte. Wozu wäre denn der Artikel 48 da! Auch war ja in diesen Verhandlungen nur von einem Dienstjahr der Jugendlichen (bis 25 Jahre) die Rede. Nun aber stelle man sich statt dessen den Vorschlag Dr. Dietrichs vor, was wäre er anders als die dauernde Dienstpflicht für alle Arbeiter? Unterstützung gibt dann nicht mehr (wohl aber bleibt der Beitrag zur Versicherung bestehen, denn dieses Geld will ja Dr. Dietrich für seine Zwecke nehmen), das Geld reicht bei weitem nicht, um die heutigen Löhne zu zahlen. Also bleibt nur übrig, daß die Unternehmer das Geld bekommen, und daß die Arbeiter, ob sie wollen oder nicht, für dieses Geld arbeiten müssen. Die Bergarbeiter zum

Beispiel für 80 M im Monat statt für 200. Vielleicht zuerst nur die Neueingestellten. Aber das wirkt natürlich sofort ansteckend und löhndrückend. Und das Ende vom Liede wäre eine ungeheure Lohnsenkung für alle Arbeiter, während die Unternehmer den Rest einsacken.

Der erste Schritt zu diesem Ziel, das ist der Vorschlag des Herrn Dietrich. Auch ist er sich dessen wahrscheinlich bewußt — es wäre ja auch beleidigend, wollten wir annehmen, daß er diese notwendigen Folgen nicht vorher durchdacht hätte — denn in seiner Stuttgarter Rede schlug er die Hände über den Kopf zusammen, weil wir gegenwärtig fast 3000 Millionen M jährlich „ohne Gegenwert“ für die Arbeitslosen ausgeben. „Ohne

Gegenwert“, damit ist alles gesagt. Es wurmt das kapitalistische Herz jeder Pfennig, den die Arbeitslosen kriegen, ohne daß ein Kapitalist Profit daraus zieht. Wie wärs mit einem andern Vorschlag: jeder Sohn, jede Tochter eines Besitzenden, sobald sie über 16 Jahre alt geworden, soll zwangsweise gegen gewöhnlichen Arbeitslohn in die Fabrik gehen (also nicht für 80 M im Monat), und dafür sollen die Profite um soviel gekürzt werden, wie das ausmacht. Das wäre wirklich eine Wunderkur, nämlich eine Kur, die Wunder wirken würde. Was meint Herr Dietrich hierzu? Oder wurmen ihn die ungeheuren Summen nicht, die die Kinder reicher Eltern tagaus tagein „ohne Gegenwert“ bekommen?

I by kus.

Um den Staat gehts!

fk. Der Lohnkonflikt im Kohlenbergbau der Ruhr ist zu Ende. Vorläufig wenigstens. Die Parteiverhandlungen waren am toten Punkte angelangt. Die Zechenbesitzer bestanden auf einen Lohnabbau von 8 vH, während sich die Gewerkschaften um des Friedens willen mit 4 vH abfinden wollten. So rückte der 15. Januar, wo die Gesamtkündigung in Kraft treten sollte, immer näher. Andererseits nahmen die wilden Streiks hier und da schlimme Gestalt an. Darin sah die Reichsregierung den Anlaß, die Streitfrage mit dem Schwerte der Notverordnung zu lösen: das Schlichtungsverfahren wurde am 9. Januar durch eine Notverordnung abgeändert.

Bekanntlich kann nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in dem großen Eisenkonflikt des Jahres 1928 der Schlichter allein keinen Spruch mehr fällen, sondern er muß sich dazu eine Mehrheit sichern. In dem jetzigen Kohlenkonflikt nun war eine Mehrheitsbildung unmöglich, weil die Unternehmervertreter der Schlichterkammer auf 8 vH Abzug, die Arbeitervertreter auf 4 vH Abzug beharrten, der Schlichter aber, den Mittelweg wählend, einen Abzug von 6 vH aussprechen wollte. Folglich kam es zu keiner Mehrheitsbildung. Diesem Dilemma wurde durch die erwähnte Notverordnung abgeholfen. Nach dieser beruft der Reichsarbeitsminister zwei unparteiische Beisitzer zu den Schlichtungsverhandlungen. Diese beiden Beisitzer haben künftig, wenn es in der Verhandlung zu keiner Mehrheit kommt, im Verein mit dem Schlichter durch Mehrheitsbeschluß den Spruch zu fällen. Das ist in dem Kohlenstreit denn auch prompt geschehen. Der Spruch lautet auf 6 vH Lohnabbau.

Wie sich der neueste Streich der Regierung für das Ansehen des Schlichtungswesens, ohnehin nicht sonderlich hoch, auswirkt, kann man heute schon mit ziemlicher Sicherheit vermuten. Das Schlichtungswesen sollte doch zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen da sein. Allgemeines ist es aber durch die Regierung dermaßen heruntergehunkelt, daß es nur noch zur Schädigung der wirtschaftlich Schwachen gebraucht wird. Nein, noch schlimmer: durch das Schlichtungswesen wird jetzt eine „geringe“ Schädigung der wirtschaftlich Schwachen zu einer schwereren Schädigung gemacht. Diese Verhöhnung wurde verübt, ohne daß darüber die Gesetzgebung befragt worden war. Er geschah einfach durch Notverordnung, durch Diktat.

Die neue diktatorische Maßnahme der Regierung gibt dem Arbeiter einen Vorgeschmack von dem, was er noch alles durch Notverordnungen zu gewärtigen hat. Es wird erzählt, der politische Zustand sei dermaßen verwildert, daß eben ohne Notverordnung nicht mehr auszukommen sei. Wenn das wirklich der Fall wäre, wie ist es dann zu erklären, daß die Notverordnungen immer nur gegen die arbeitenden Schichten, immer nur gegen die wirtschaftlich Schwachen und Überladenen angewendet werden, aber nie gegen die Besitzenden?

Durch Notverordnung sind die sozialen Errungenschaften der Arbeiter geschmälert sowie ihre Lebenshaltung verteuert worden, und jetzt wird durch Notverordnung auch noch das Lohn-einkommen beschnitten. Aber noch kein Mensch hat gehört, daß

durch Notverordnung der Preisabbau gefördert, die Mißwirtschaft der Kartelle gemildert oder die großen Einkommen steuerlich mehr herangezogen worden wären. Wohl aber weiß man, daß durch Notverordnung der besitzenden Klasse milliarden-schwere Vorteile in Gestalt von Steuererleichterung und anderes mehr zugeschanzt worden sind.

Nach alledem kann man nicht umhin, zu gestehen, daß die Notverordnung nichts weiter ist, als das bequeme Mittel, die unteren Volksschichten planmäßig und ohne Umständlichkeit nach Strich und Faden zu schröpfen. Kein Staat der Welt hat sich bis jetzt dazu verstiegen, das Lohn-einkommen durch Diktat zu kürzen, ausgenommen Italien. Wie will man den Arbeitern noch begreiflich machen, daß sich Deutschland von dem faschistischen Italien noch irgendwie unterscheidet? Wie kann man von den deutschen Arbeitern noch erwarten, daß sie für eine politische Ordnung den Finger rühren, die sie als eine arbeiterfeindliche Diktatur empfinden müssen?

Das macht-lüsterne und profit-hungrige Unternehmertum wie die Reaktion überhaupt können noch mehr frohlocken. Durch den im Ruhrbergbau diktatorisch durchgesetzten Lohnraub werden abermals Zehntausende von bisher staatstreuen Arbeitern an der jetzigen Staatsordnung irre. Wobin sie ihre Enttäuschung und Verzweiflung treibt, das wird, wenn nicht früher, dann bei den nächsten politischen Wahlen offenkundig werden. Und das war sehr wahrscheinlich nur der Anfang des Jahres 1931. Was im Ruhrgebiet geschehen oder verübt wurde, wird wohl bei den weiteren Lohnkonflikten seine Fortsetzung erleben. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden zu politischen Kämpfen, zu Kämpfen um die politische Ordnung.

Das ist es gerade, was die Reaktion will. Sie fordert unerhört hohe Lohnkürzungen und sie feilscht hartnäckig um ein paar Hundertteile, beides in der sicheren Erwartung, daß der Staat, dieser sogenannte demokratische Staat, ihr mittels Schlichter und Notverordnung recht gibt. Und dieser Staat, nein, seine Regierung, überstürzt sich in Dienstbeflissenheit, das Verlangen der Reaktion zu erfüllen. Dadurch wird die der Reaktion gebührende Empörung der millionenköpfigen Masse auf den Staat, auf seine Ordnung abgeleitet. Die Arbeiter verzweifeln an ihm, wenden sich gegen ihn: der Kampf um ein paar Prozente mehr oder weniger Lohn wird zu einem hundertprozentigen Kampf gegen den Staat. Diesen Kampf aufhalten oder abschwächen wollen mit der Behauptung, dieser Staat sei ja ein demokratischer, heiße sich proletarischer Lachsalven aussetzen. Bei einer Arbeiterschaft, die hungert und vom Staate noch mehr zum Hungern gebracht wird, kann eine derartige Behauptung nur Spott und Hohn entfachen.

Darauf sei einmal mehr und mit letztem Nachdruck hingewiesen. Will dieser Staat nicht seine treuesten Verteidiger verlieren, dann muß er ihnen zeigen, daß er verteidigungswert ist. Das muß er auch dort zeigen, wo ums trockene Brot gerungen wird. Denn bei diesem Ringen wird jetzt besonders um den Staat gerungen. Das scheinen viele noch nicht begriffen zu haben.

Der größte Schwindel der Neuzeit

Von John Kinley, London

Die Geschäftsstockung geht in England munter fort, ohne sich um die Regierungen, ohne sich selbst um die Arbeiterregierung zu kümmern. Die starken Männer, mächtige Führer einer mächtigen Bewegung, vergessen ihre Stärke und ihre Aufgabe und nehmen zu Entschuldigungen ihre Zuflucht. Sie jammern über Welt-ursachen, die irgendwie irgendwo entstanden und nun die ganze Erde, ausgenommen ihre noch unzivilisierten Teile, heimsuchen und alle die schlaun Leute in den schlaun Ländern zu wirtschaftlichem Stillstand bringen. Und dort schlägt man sich öffentlich an die Brust und beklagt die Tatsache, daß man sich selbst nicht nähren kann, weil man hungrig ist.

Wie gut, daß es im Jahre 1920 noch nicht solches Zeug wie Weltursachen gab. Denn damals gab es in England noch keine Arbeitslosigkeit und alles war fröhlich. Wir waren damals alle zu beschäftigt, um unbeschäftigt zu sein; wir erhielten damals Geld in Haufen und setzten es in Waren um. Und so schnell, wie die Waren hergestellt wurden, kauften wir sie und hielten so jedermann dabei, noch mehr zu erzeugen.

Dann kam der Niedergang. Die jetzt wohlbekannte und anscheinend dauernde Geschäftsstockung setzte ein, und seitdem sind wir immer unglücklich gewesen. Die Ursachen dieses Niederganges sollen uns hier nicht beschäftigen. Es kommt jetzt darauf an, die Aufmerksamkeit auf das hinzulenken, was ich als den größten Schwindel der Neuzeit betrachte. Ich beabsichtige, zu

zeigen, daß die sogenannte Geschäftsstockung ein Schwindel von Anfang bis zu Ende ist.

Daß Bergwerke, Fabriken und Schiffswerften stillgelegt wurden, ist wahr. Es war immer wahr, denn das ist das Merkmal unserer kapitalistischen Entwicklung. Aber die Frage ist nicht, wieviel Fabriken stillgelegt, auch nicht, wieviel Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden und erwerbslos gehalten werden. Die Frage ist: Was war in der Krisenzeit das finanzielle Jahresergebnis eines jeden Gewerbes, die alle zusammen die Tätigkeit der Nation ausdrücken.

Wenn die Geschäftsstockung eine Tatsache und kein Schwindel wäre, dann würde es keine Schwierigkeit machen, die Abnahme des Nationaleinkommens Jahr für Jahr aufzuzeigen. Insonderheit das Einkommen der besitzenden Schichten würde einen sinkenden Zufluß aus

Aus dem Inhalt

Der Wunderdoktor — Um den Staat gehts! — Der größte Schwindel der Neuzeit	25
Betrogene Hoffnungen — Die Industrie im Jahre 1930	26
Indische u. kosmische Temperaturen — Vorsicht! Lebensgefahr!	27
Internationaler Geburtenstreik — Eine Hebamme schreibt ...	28
Die Tragödie eines patriotischen Kriegsfreiwilligen — Lohn-steuererstattung — Chamisso-Worte	29
Das Tagebuch des Betriebsrats erzählt — Vom Vorstand	30
Bezahlter Urlaub — Deutsche Zustände in amerikanischem Lichte — Barcelona	31

den Mieten, Zinsen und Gewinnen aufweisen. Zum Glück für unseren Zweck gibt es ein ziemlich zuverlässiges Instrument, mit dem der Reichtumsbeitrag Englands Jahr für Jahr gemessen werden kann. Dieses Instrument ist der Jahresbericht des Kommissars für Inlandseinkommen. Diese Veröffentlichung zeigt jahraus, jahrein das Einkommen der besitzenden Teile der englischen Volksgemeinschaft. Da die Zahlen von den Personen selbst geliefert worden sind, kann man sie für zuverlässig halten, jedenfalls sind sie nicht übertrieben.

Die Einkommensteuern werden auf Grund von Steuererklärungen festgesetzt und eingezogen. Es gibt deren fünf Arten, je nach der Art der Einkommensklasse. Betrachtet man die erste Art, die der Grundbesitzer. Sie erklärten laut ihrer Steuererklärungen vom Jahre 1919/20, daß sie dem Volke die Erlaubnis gegeben hätten, in England zu wohnen und Teile davon zu benutzen. Für diese Erlaubnis hatten wir, die freigebornen Bürger von Britannien, die Summe von 290 Millionen Pfund oder 5800 Millionen Mark zu zahlen. Wir, die wir nie, niemals Sklaven sein sollen, zahlten den Grundbesitzern 5800 Millionen Mark für die Gunst, von ihnen nicht vom Land in das Meer getrieben zu werden.

Dann folgten zehn Jahre des geschäftlichen Niederganges — die mageren Jahre. Die Grundbesitzerklasse erklärte nun in ihren Steuererklärungen, daß sie von uns nicht mehr 290 Millionen Pfund im Jahr bekommt, sondern 415 Millionen Pfund. Und wir Engländer nennen uns selbst geschickt! Wenn es je eine Geschäftsflaute gegeben hat, sie hat bestimmt nicht die Landjunker erreicht.

Aber die nächste Gruppe der Einkommensteuerpflichtigen hat kalten Zug verspürt. Die Nutzer des Landes, zum Unterschied von den Landbesitzern, in der Hauptsache Pächter und Bauern, sind mit ihrem Jahreseinkommen von 98 Millionen Pfund auf 49 Millionen Pfund heruntergekommen, was einer Verminderung um die Hälfte gleichkommt. Für diese Gruppe war die Geschäftsflaute laut ihrer Steuererklärung eine Tatsache.

Dann folgen die Inhaber bestimmter Arten von Wertpapieren, von denen die Steuer an der Quelle abgezogen wird. Das sind britische Wertpapiere und solche von Tochterstaaten, Kolonien und fremden Staaten. Diese Wertpapierbesitzer erklärten 1919/20 bei der Ausfüllung ihrer Steuererklärung, daß von ihnen das simple Volk vieler Länder in diesem Jahre bis zu dem Betrage von 90 Millionen Pfund geplündert wurde, eine Summe, die diese Kapitalisten ausgehändigt erhalten haben. Aber halt, da kam die Geschäftsstockung, die große, die tiefe zehnjährige Stockung. Nachdem die zehn mageren Jahre gekommen und gegangen waren, füllten die Besitzer von Wertpapieren abermals ihre Steuererklärung aus. Und daraus offenbart sich, daß ihr unverdientes Einkommen nicht mehr 90 Millionen Pfund, sondern 160 Millionen Pfund im Jahr beträgt. Die einzige Arbeit, die sie für den Mehrgewinn leisteten, war, daß sie in der Presse über die erdrückende Steuerlast schrieben. Und der Schatzkanzler Snowden denkt, diese Leute könnten nicht mehr tragen.

Kommen wir nun zu den Leuten, die nach allgemeiner Ansicht sicherlich die schwerste Last des Kampfes gegen wirtschaftliche Mißlichkeit getragen haben, zu den Unternehmern. Der Unternehmer ist in England eine gar wichtige Person, der zu helfen die Regierungen da sind. Und der englische Unternehmer ist immer gepöppelt, ge-

füttert und unterstützt worden, seit Wilhelm der Eroberer entdeckte, daß die Juden nichts mit Jute zu schaffen haben. Die Unternehmer sind immer die Helden, die nach Opfer rufen — Opfer will heißen niedrigere Produktionskosten, was niedrigere Löhne für die Arbeiter und niedrigere Steuern für die Unternehmer heißt — damit alle Kreise Opfer bringen. Das ist doch nicht mehr wie gerecht, nicht wahr?

Nun gut, im Jahre 1919/20, als der Himmel blau war und die Sonne warm schien, haben die Herren der Industrie und ihresgleichen bei ihrer Steuereinschätzung auf Ehre und Gewissen erklärt, daß sie aus der Tasche eines vertrauensseligen Publikums 1197 Millionen Pfund gezogen haben. Eintausendeinhundert... Profit! — Aber wartet ein wenig. Ihr kennt doch die schwarze Wolke am englischen Wirtschaftshimmel? Das war natürlich das Zeichen des Sturms. Die Wirtschaftskrise ist demnach hinter der Unternehmerschaft, der sie unmöglich entzinnen kann. Denn der Unternehmer ist doch in dem Geschäft, das am ersten vom schlechten Geschäftsgang mitgenommen wird. Und ihr habt doch gehört, wie sich der englische Unternehmer die zehn Jahre geschäftlicher Flaute durchgewürgt hat! Wie er gemurmelt und gegreint, gejammert und geflücht hat, dieser heimgesuchte Held der Wirtschaft. So müßte man eigentlich annehmen, daß er jetzt überhaupt keine Steuererklärung mehr brauchte und daß er nun vor dem Ofen eines Arbeitshauses hockte und blutige Tränen der guten alten Zeit nachweinte, wo in den Taschen der Kunden noch etwas zum Picken enthalten war. Allein, unsere Unternehmer sind noch nicht dort im Arbeitshaus. Sie haben immer noch ihre alte Adresse, es sei denn, sie sind in größere Werke übersiedelt.

In der Tat, nach den zehn schrecklichen Krisenjahren erklären unsere Unternehmer dem Steuerfiskus, daß jetzt ihr Teil an dem Steueraufkommen des Landes nicht weniger als 1370 Millionen Pfund beträgt.

Und wie erging es der nächsten Gruppe, den öffentlichen und Privatbeamten, in dieser entsetzlichen Krisenzeit? Nun, im Jahre 1919/20 war ihr Gesamtgehalt 429 Millionen Pfund und in den geschäftsfleuren Jahren und mit der Einschränkung an öffentlichen Ausgaben haben sie es auf 770 Millionen Pfund im Jahr gebracht.

Schließlich kommt ein störrischer Kerl, der Arbeiter. Dieser Bursche rafft bekanntlich immer zusammen, was nur geht und er gibt niemandem eine Gelegenheit zum Verdienen. Er oder der Teil der Arbeiter, der mit seinem Einkommen über die Grenze der Steuerfreiheit zu stehen kommt, erhielt im Jahre 1919/20 863 Millionen Pfund als Lohn. Dann kam der geschäftliche Niedergang, die Krise. Nachdem sie zehn Jahre gedauert hat, bekommt er nur noch 335 Millionen Pfund im Jahr. Das steuerfähige Einkommen der Farmer ist um 49 Millionen Pfund gesunken, das der Arbeiter, das ist der hochbezahlte Teil, aber um 520, während der Rest, nämlich die Grundbesitzer, die Wertpapierbesitzer, die Unternehmer und die Beamten, in der Zeit der Geschäftsflaute ihr Gesamteinkommen um nicht weniger als um 710 Millionen im Jahr gesteigert haben. Nicht nur, daß diese Gruppen alles eingeschoben haben, was der Arbeiter geopfert hat, sondern noch 133 Millionen Pfund mehr.

Jetzt wird wohl niemand mehr bestreiten, daß die Geschäftsstockung handgreiflicher Schwindel ist.

Betrogene Hoffnungen

Preisabbau war der Ruf, mit dem man die Unzufriedenen beruhigen und die Mutlosen trösten wollte. Und wenn die mit der Lohnkürzung Drangsalierten aufbegehren, dann konnte man alle Tonarten in der Unternehmerpresse hören: Wir wollen gar nicht mit der Lohnkürzung eure Lebenshaltung herabdrücken, denn mit dem Lohn sinken die Preise, und damit bleibt die Kaufkraft des Arbeiters auf gleicher Höhe erhalten. — Geglauht hat das kein Arbeiter. In Unternehmerkreisen hat man die Sache auch nur so aufgeblasen, weil man sich sagte: schließlich können wir nicht so offen den Lohndruck propagieren, sondern müssen den Leuten vorreden, wir wollen die Konjunktur heben.

Allein, die Konjunktursinkt weiter, die Bestellungen laufen noch zögernder ein als vordem, der Geschäftsrückgang macht weitere Fortschritte. Woher diese Erscheinungen? — Die Preise sind nur einen Deut gesunken und nicht allgemein. Grund genug für den Käufer, mit den Bestellungen zu warten, bis die unterste Stufe erreicht ist.

Nun hat die Regierung doch versprochen, daß der Preisabbau ganz energisch betrieben wird. Jetzt hat sie Zeit, um das Versäumte nachzuholen. Eines Tages wird sie erklären: nun ist es genug! Dann setzt eine neue Enttäuschung ein, denn auch dieser Parole folgt die Wirtschaft nicht.

Mit dem Preisabbau ist es eine eigene Sache. Es wird mit Recht behauptet, daß heute die Preisbindung in der kapitalistischen Wirtschaft stärker ist als je zuvor. Für diese Annahme spricht, wenn man einmal die Preisschwankungen einiger wichtiger industrieller Rohprodukte in der Zeit vor dem Kriege betrachtet.

Preisnotierungen in Mark.

Jahr	Roheisen Düsseld. 100 kg	Eisen Berlin 100 kg	Kupfer Frankfurt 100 kg	Zink Essen 100 kg	Fettkohlensäure Dortmund 100 kg
1883	72,9	26,9	135,2	28,6	6,—
1886	51,9	26,8	86,4	26,7	4,5
1890	83,6	28,1	121,3	45,1	9,9
1894	62,8	20,8	85,8	29,9	6,9
1906	101,4	37,1	153,3	39,5	9,9
1902	62,2	23,5	111,5	35,5	9,3
1907	84,3	40,1	189,—	47,8	10,8
1909	58,5	26,5	120,—	47,1	11,6
1913	77,5	39,3	145,—	47,1	12,2

In der Tafel sind nur die Jahre der guten Konjunktur und des Tiefstandes wiedergegeben. Die Preisschwankungen sind bedeutend. Roheisen erreicht mit 101,4 im Jahre 1906 den höchsten Stand und sank im Jahre 1909 auf 58,5, nahe an dem Tiefstand von 1886. Wie man sieht, haben die Herren der Schwerindustrie die Hochkonjunktur gut ausgenutzt und die nötigen Reserven angehäuft, die es ihnen gestatteten, ihre Preise bei schlechtem Geschäftsgang erheblich zu senken. Bei Eisen und Kupfer folgt die Preisschwankung der gleichen Konjunktur, nur Zink zeigt bei der Monopolstellung der oberschlesischen Zinkhütten seit 1907 einen stabilen Stand. Der Preis für Steinkohle geht von 1894 unter der Führung des Kohlsyndikats ständig in die Höhe. Schwankungen gibt es nicht mehr. Das Beispiel ist für die Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes berechtigt. Es bestätigt die von uns wiederholt geäußerte Auffassung, daß heute die privatwirtschaftlich anberst gebundene Produktion der Preisenkung Widerstand leistet. Daran ändert auch nichts das Vorgehen des Kupfertrusts, der in diesem Jahre die Preise stark gesenkt hat in der Hoffnung, einen Anreiz zum Kauf zu

geben, um von den hohen Beständen herunterzukommen. Das Mittel zog gar nicht. Die Käufer streikten und warteten, ob der Preisdruck nicht noch ein wenig tiefer gehe. Als aber vom Kupfertrust in Newjork der Preis langsam wieder heraufgesetzt wurde, war es mit dem Streik zu Ende und es kam wieder Leben in die Bude. Die Spekulation kam zur Geltung, die in solcher Lage sagt: Greif zu, ehe es zu spät ist. Natürlich kann man mit solchen Mitteln auch keine Konjunktur umstürzen; höchstens ist es eine Morphiumspritze, die über einen kritischen Zustand hinweghilft, die Krankheit bleibt aber bestehen.

Aber was nun? Die Zeit der Märchen ist vorüber. Aus der Kinderstube der Volkswirtschaft müssen wir heraus, um in der harten Gegenwart folgendes zu erkennen: Wir sinken tiefer, wenn wir nicht die Arbeit so aufteilen, daß alle zum Erwerb kommen, auch die, die vom Schicksal hart angefaßt und als überflüssig auf die Straße geworfen wurden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eines der wichtigsten Mittel zur Behebung der Not. Es ist unerträglich, daß Millionen von Menschen aus den Wirtschaftsbetrieben ausgeschaltet werden. Robert Schmidt.

Lebensmittelverteuerungs-Kalender für 1930

Es ist ein widersinniger Zustand, daß eine Regierung auf der einen Seite den Preisabbau mit allen Mitteln, wie sie sagt, fördern will, und auf der anderen Seite gesetzliche Maßnahmen trifft, um eine Erhöhung der Preise der Lebensmittel zu erzwingen. Die Konsumgenossenschaft Berlin hat einen Lebensmittelverteuerungs-Kalender für 1930 zusammengestellt, der in seiner nüchternen Aufzählung der getroffenen Maßnahmen ohne jeden Zusatz wirkt. Die folgenden Tatsachen zeigen, daß das Wort „Preisabbau“ geradezu als ein Hohn bezeichnet werden muß.

Die Arbeitsdienstpflcht abgelehnt

Im Reichstag ist von der Wirtschaftspartei ein Gesetzesentwurf eingereicht worden, der die Arbeitsdienstpflcht für alle jugendlichen Personen vorsieht. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Vertreter der Spitzenverbände, Unternehmer und Gewerkschaften, zu einer Aussprache eingeladen. Der Staatssekretär Dr. Geib machte die einleitenden Ausführungen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums brachte die Bedenken vor, die der Einführung der Arbeitsdienstpflcht entgegenstehen: Man veranschlagt die jährlichen Kosten auf mindestens 1350 Millionen M, denen eine Einsparung von höchstens 200 bis 250 Millionen gegenübersteht. Bei einer Arbeitsarmee von rund einer Million würden sich die Kosten für einen Arbeitstag je Beschäftigten auf 18 bis 20 M stellen. Hinzu kommt, daß der Wert jeder Zwangsarbeit bedeutend tiefer zu veranschlagen ist, als der Wert einer freiwillig geleisteten Arbeit.

In der Aussprache lehnten die Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften den Plan einmütig ab. Es fehlten zur Einführung der Arbeitsdienstpflcht alle Voraussetzungen. Hinzu kommen die wirtschaftlichen und finanziellen Hemmungen. Als Sprecher der Gewerkschaften erklärte sich Peter Graßmann ganz entschieden gegen derartige Zwangsarbeit. Auch die Anregung eines freiwilligen Arbeitsdienstes wurde glatt abgelehnt. Eine weitere Behandlung des Planes wurde von keiner Seite gewünscht. Damit ist die Idee der Arbeitsdienstpflcht vorläufig begraben. Der Zweck eines derartigen Gesetzesentwurfes war ja auch von vornherein klar. Man wollte eine Art Ersatz für den altpreußischen Militarismus schaffen. Im übrigen war der Plan eine Spekulation auf die Dummheit.

Nahrungsmittelüberfluß und Hunger

Noch nie seit dem die Erde besteht, waren wir mit Rohstoffen und Lebensmitteln so reich gesegnet wie gegenwärtig. Die Natur schüttet über die Menschheit geradezu verschwenderisch ihr Füllhorn aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt dieses in seinem Wochenbericht vom 17. Dezember wie folgt fest:

„Die Versorgung der Welt mit Agrarprodukten ist in den letzten Jahren zunehmend reichlicher geworden. Die überseeischen Länder hatten während des Krieges ihre Agrarproduktion stark ausgedehnt. Infolge des Ausfalls Rußlands als Lieferant und der verminderten Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft führte die Produktionssteigerung in Übersee zunächst zu keinem fühlbaren Überangebot. Indes bemüht sich die europäischen Länder, den Vorsprung ihrer überseeischen Konkurrenten durch Verbesserung der Produktion einzuholen. Etwa seit 1925 hatten die mitteleuropäischen Länder die Produktionskapazität (Fähigkeit) der Vorkriegszeit wieder erreicht und seitdem teilweise überschritten. Die Weltproduktion im ganzen ist erheblich gestiegen, während sich der Verbrauch nur langsam gehoben hat. Die Folge ist ein in den letzten Jahren ständig wachsendes Überangebot auf zahlreichen Agrarmärkten.“

Nicht mehr der Mangel an Nahrungsmitteln macht dem Menschen Sorge, sondern die Fülle. Man weiß buchstäblich nicht mehr, wo man mit all dem Segen hin soll — deshalb die schwere Krise. Dabei gibt es in jedem Lande Millionen Menschen, denen es trotz Arbeitslust und gutem Willen unmöglich ist, sich sattessen zu können. Großer Überfluß hier — Einschränkung und Hunger dort. So sieht es in der kapitalistischen Welt aus!

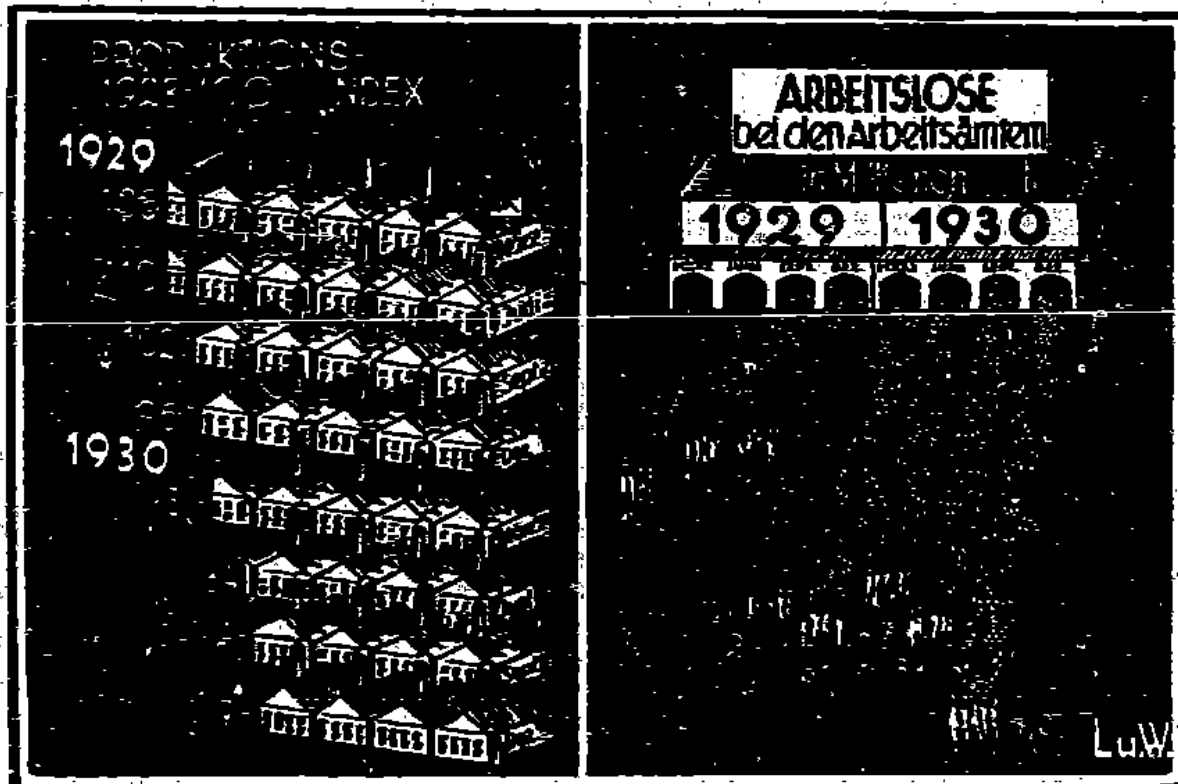
Trotz Wirtschaftskrise Anwachsen der Dividenden

Eine vom Deutschen Statistischen Reichsamts vorgenommene Erhebung, der die Bilanzabschlüsse einer Reihe bedeutender Aktiengesellschaften aus dem 1. Vierteljahr 1930 zugrunde liegen, zeigt, daß trotz der Ungunst der Wirtschaftslage die deutschen Unternehmungen keineswegs so ertraglos gewesen sind, wie die Klagelieder der Unternehmer es vermuten lassen könnten. Die Bilanzen der untersuchten Aktiengesellschaften, die zusammen über ein Nominalkapital von 1,5 Milliarden M verfügen und unter denen so wichtige Unternehmungen wie die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, die Rheinischen Stahlwerke AG, der Schuckert- und der Karstadt-Konzern und die Vereinigten Industrieunternehmungen-AG sich befinden, ergaben gegenüber dem Vorjahr eine durchschnittliche Erhöhung der Dividenden von 7,5 auf 7,8 vH.

Dieses Ergebnis erscheint zunächst überraschend, denn sicherlich hat die Wirtschaftskrise einen ungünstigen Einfluß auf die Gewinnhöhe ausgeübt. Die trotzdem im letzten Krisenjahr erfolgte Dividendensteigerung wird erst dann verständlich, wenn man bedenkt, daß die Dividendenpolitik unserer Aktiengesellschaften bisher durch die Politik der Selbstfinanzierung beherrscht wurde, so daß durchweg in den Konjunkturjahren ein außerordentlich hoher Teil der Gewinne nicht zur Ausschüttung kam, sondern angelegt wurde. Die Wirtschaftskrise hat das Tempo der Geldanlagen erheblich eingeschränkt, so daß auch bei verminderten Gewinnen ein größerer Betrag zur Ausschüttung zur Verfügung stand. Wie man den letzten Börsennotizen bereits entnehmen kann, sind die Kurse der Aktien bereits den günstigeren Dividendenaussichten gefolgt. Vor allem scheint die Verkaufstätigkeit ausländischer Besitzer deutscher Aktienwerte, die aus Arger über den geringen Dividendenertrag ihrer deutschen Industripapiere große Verkäufe vorgenommen hatten, zum Stillstand gekommen zu sein.

Die Industrie im Jahre 1930

Das Krisenjahr 1930 brachte der deutschen Industrie eine Produktionsverminderung von 20 vH, das heißt also, daß, im Durchschnitt gerechnet, ein Fünftel mehr Maschinen stillstehen mußten. Heute arbeiten nur zwei Drittel der Betriebe voll. Dementsprechend war Ende des Jahres 1930 die Zahl der Arbeitslosen um ein Viertel höher als Ende 1929. Jeder dritte Industriearbeiter ist heute, unter Einrechnung der Kurzarbeiter, ohne Arbeit. Eine Überwindung dieser schweren Krise der deutschen Industrie und des Massenleids der Arbeitslosigkeit kann dadurch eingeleitet werden, daß durch die Durchführung der Preisenkung die Konsumenten wieder mehr zum Kauf angeregt werden. Kann sich die Wirtschaft dann ohne politische Störungen weiter entwickeln, so wird dann neben der für das Inland arbeitenden Industrie auch die Exportindustrie neue Aufträge erhalten können, wenn sie konkurrenzfähig ist, da ja auch aus dem Ausland Meldungen über das Ansteigen der Konjunkturkurve in den Industrien des notwendigen Bedarfs eintreffen.





Technik und Werkstatt



Irdische und kosmische Temperaturen

Von Ernst Trebesius

Es ist eine höchst merkwürdige, jedoch unumstößliche Tatsache, daß die Temperatur der Körper durch Erwärmung zwar schier unbeschränkt nach oben gesteigert werden kann (sofern wir die Mittel dazu anzuwenden wissen), daß dagegen ihre Abkühlung unter ein recht beschränkt erscheinendes Maß hinaus nicht möglich ist und nie möglich sein wird. Unterhalb des Gefrierpunktes unserer Thermometer können bekanntlich die -273 Grad des absoluten Nullpunktes, der sowohl für unsere Erde als auch für das Universum die tiefste Temperatur darstellt, nie überschritten werden, während oberhalb des Wassergefrierpunktes die aber Tausende oder gar Millionen Grad Wärme im Innern der Fixsterne vorhanden sind.

Hinsichtlich der unteren Temperaturgrenze gelangte der holländische Physiker Kamerlingh Onnes bereits 1921 bis dicht ans Ziel, indem er Helium verflüssigte und damit bei vermindertem Druck die tiefste, je verzeichnete Temperatur von -272,1 Grad erreichte. Vielleicht ist dem erstrebten Ziel durch neue Methoden noch um einige Zehntelgrade näherzukommen; restlos erreicht wird der absolute Nullpunkt (die Temperatur des Weltraumes) auf unserem Gestirn wohl niemals werden.

Stellt somit die Erreichung der -272,1 Grad eine wissenschaftliche Großleistung dar, so bedeutet diese Gradzahl oberhalb des Wassergefrierpunktes einen belanglosen physikalischen Zustand, den jedes Schulkind durch Anzünden eines Streichholzes mühelos herbeiführen kann. Das Problem wird hier für den Forscher erst lehrreich, wenn er die Hitze nach Tausenden von Grad zählt. Zurzeit beträgt die höchste, im Laboratorium erreichte Dauertemperatur 7327 Grad C, womit die Sonnentemperatur, die an der Außenhülle mit 5900 Grad angenommen wird, um fast anderthalbtausend Grad überschritten ist. Erreicht wurde diese außerordentliche Temperatur bei Versuchen mit einer Druckbogenlampe, die auf einen Innendruck von 22 Atm Überdruck gebracht wurde und dabei eine Leuchtdichte von 280 000 Hefnerkerzen auf einen Quadratcentimeter erreichte. Damit erreichte diese Druckbogenlampe die Gesamtstärke eines großen Leuchtfuers.

Die dreifache Sonnentemperatur wurde, vor einiger Zeit auf der Mount-Wilson-Sternwarte in Amerika bei einem Laboratoriumsversuch in der Weise erzielt, daß man plötzlich elektrische Entladungen von sehr hoher Spannung durch einen sehr dünnen Draht sandte. Dabei kam es zu einer explosionsartigen Verdampfung des Drahtes, der blitzartig aufleuchtete, einen scharfen, durchdringenden Ton aussandte und dann verschwunden war. Aus der Explosionshelligkeit, die die Lichtstärke der Sonne weit übertraf, haben die Forscher ausgerechnet, daß der zu Gas verdampfte Draht im Augenblick des Aufleuchtens rund 20 000 Grad C Wärme besessen haben muß.

Doch was bedeutet die dreifache Sonnentemperatur gegenüber der Temperatur von 1 000 000 Grad, wie sie nach einem Bericht des berühmten englischen Astronomen, Prof. A. S. Eddington, auf der Berliner Weltkraftkonferenz von Dr. Kapitza im Laboratorium der Universität Cambridge erzielt wurde. Dr. Kapitza, der mit Hilfe ganz außerordentlich starker magnetischer Felder die Atome zu deformieren, also in ihrer Gestalt zu verändern, gewissermaßen auseinanderzuziehen versuchte, benutzte zu seinen Versuchen eine Dynamo, die er auf die Dauer von einhundertstel Sekunde kurz schloß. Im Augenblick des Kurzschlusses entwickelte die Maschine 30 000 Ampere. Eine äußerst sinnreiche Schaltvorrichtung verhinderte dabei die Funkenbildung. Durch den Kurzschluß erreichte Kapitza, daß die Dynamo für den Bruchteil der einhundertstel Sekunde eine Energie von etwa 50 000 PS entfaltete, die durch eine Spule aus Kupferdraht gejagt wurde. Es handelte sich dabei um einen Energiestoß, wie er sonst nur beim Abschluß eines Feldgeschützes erzielt wird. Das dabei auftretende magnetische Feld von 300 000 Gauß Stärke war so gewaltig, daß die Spulen sich wie Wachs verbogen. Bei neuen Versuchen wurden statt des Kupferdrahtes Spulen aus einer Kupfer-Kadmium-Legierung benutzt, die sich selbsttätig ausdehnen konnten. Außerdem wurden die Spulen mit stählernen Reifen umgeben und soweit von der Dynamo aufgestellt, daß die durch den Kurzschluß verursachten Erdschütterungen erst zu den Meßinstrumenten gelangten, nachdem diese die Wirkung richtig angezeigt hatten. Das Ergebnis der Versuche mit diesen magnetischen „Superfeldern“ war zunächst die Erkenntnis, daß sich die Atome der Materie in genügend starken magnetischen Feldern in die Länge ziehen lassen, und daß die Widerstandskraft der Metalle gegen elektrischen Strom in starken magnetischen Feldern gesteigert, bei sinkender Temperatur hingegen vermindert wird. Was aber im Rahmen unserer heutigen Betrachtung besondere Beachtung verdient, ist die erstaunliche Tatsache, daß die durch den Kurzschluß der Dynamo bewirkte Auslösung von 50 000 PS in der Spule eine Energie zusammenballte, die einer Temperatur von 1 000 000 Grad entspricht und damit wohl den höchsten bisher auf unserem Gestirn bewußt erzeugten Wärme-grad darstellt.

Wenn es uns auch gelungen ist, mit Hilfe neuzeitlicher Untersuchungsmethoden die Temperatur der Außenhülle unserer Sonne und anderer Fixsterne mit einiger Genauigkeit zu bestimmen, so sind wir hinsichtlich der Kerntemperatur dieser Sonnen nach wie vor auf Annahmen, für die der Beweis wohl kaum jemals erbracht werden kann, angewiesen. Und so gehen die Schätzungen bezüglich der Temperaturen im Fixsterninnern beträch-

lich auseinander. Nach dem Urteil maßgebender Physiker dürfte die Hitze im Innern derartiger Weltwanderer nicht über 10 Millionen Grad hinausgehen, da sonst der Strahlungsdruck die Sterne auseinandertreiben würde. Ob nun etwas mehr oder weniger als 10 Millionen Grad Wärme; jedenfalls zeigt uns der Abstand zwischen unserer irdischen Dauertemperatur von 7327 Grad, die zudem für praktische Verwertung heute durchaus noch nicht in Frage kommt, und den Dauertemperaturen der Fixsterne, wie winzig alles irdische Schaffen ist, wenn mit kosmischen Maßstäben gemessen wird.

Weshalb ist Radium unbezahlbar?

Ein Gramm Radium kostet 200 000 M. Das Radium ist für die Heilung von schweren Krankheiten, vor allem zur Krebsbehandlung, ein unübertreffliches Mittel, dessen Anwendung jedoch wegen der unerschwinglichen Preise für breitere Schichten nicht möglich ist. Das englische Blatt Daily Herald sandte einen Mitarbeiter nach dem belgischen Kongo, dem Hauptgebiet der Radiumgewinnung, um den Ursachen der Preisbildung für Radium nachzugehen. Der hohe Preis des Radiums war bis 1915 einigermaßen begründet, da die Vorkommen außerordentlich selten waren und für die Gewinnung eines Gramm Radiums die Zertrümmerung einer Felsenmasse von 200 bis 400 Tonnen und eine kostspielige Behandlung dieser Massen erforderlich war. Im Jahre 1915 wurden aber im belgischen Kongo im Katanga-Berzirk in der Nähe des nördlichen Rhodesiens gewaltige Schätze von Radium entdeckt. Sie sind im Besitz der Katanga Bergwerksgesellschaft (Union Minière de Haut-Katanga), die ein einflußreiches Mitglied des internationalen Kupferkartells ist. Diese Gesellschaft besitzt jetzt ein tatsächliches Monopol

für Radiumgewinnung, die mit verhältnismäßig geringen Kosten erfolgen kann. Es reichen jetzt aus den Erzen von Katanga 10 Tonnen aus, um daraus 1 Gramm Radium herzustellen. Der gegenwärtig für das Radium geforderte Preis steht in keinem Zusammenhang mit den Produktionskosten und ist als ein reiner Monopolpreis zu bezeichnen. In der kapitalistischen Profitwirtschaft gilt das Menschenleben wenig, der Profit alles.

Verhütung der Abnutzung von Treppen

Viel begangene Treppen, Flure oder Pflaster nutzen sich mit der Zeit ab, selbst wenn sie aus Quarz oder Granit bestehen und nehmen dabei eine sehr glatte Oberfläche an, die insbesondere bei Regen zu Unfällen durch Ausgleiten führen kann. Schon seit Jahren war man bestrebt, hier Abhilfe zu schaffen und so kam man auf den Gedanken, an Stelle des natürlichen Gesteins Kunststeine zu verwenden, die in der Weise hergestellt wurden, daß man auf angerührten, noch feuchten Zement feingemahlenes Karborundum aufstreuete, jenes künstlich hergestellte Siliziumkarbid, das auch zum Schleifen von hartem Stahl Verwendung findet. Allein die Erfahrung zeigte, daß die etwas länglichen Kristalle des Karborundums von dem Zement nicht genügend festgehalten wurden und mit der Zeit ausbrachen. Bei weiteren Versuchen fand man nun in der im elektrischen Ofen geschmolzenen und nachher auf das feinste zerkleinerten Tonerde, dem im Handel als Alundum bezeichneten Stoff, ein sehr geeignetes Mittel. Es besitzt eine wesentlich hellere Färbung als das vorher erwähnte Karborundum, hat eine Härte von 9, die Härte des Diamants gleich 10 gesetzt, und wird insbesondere nach inniger Mischung mit Zement von diesem sehr festgehalten. Ein Ausgleiten auf Fußböden dieser Art ist nicht gut möglich, da die feinen, harten und spitzen Alundumteilchen, die in großer Zahl über die Zementoberfläche verbreitet sind, geradezu bremsend wirken und dabei, wie erwähnt, die Abnutzung der Bodenfläche auf ein äußerst geringes Maß herabdrücken. Derartige Platten oder Pflaster werden insbesondere für die Bahnsteige und Treppen großer Bahnhöfe, für die Korridore von Krankenhäusern, Schulen und öffentlichen Gebäuden verwendet, und sind auch dort von Nutzen, wo ein Ausgleiten zu schweren Unfällen führen kann, zum Beispiel auf den Fluren von Maschinenhäusern.

Vorsicht! Lebensgefahr!

Vom frühen Morgen, wo uns die elektrische Straßenbahn in die Werkstatt bringt, bis zum späten Abend, wenn die Aetherwellen in unserem Rundfunkapparat wieder in Wort und Musik geformt werden, ist die Elektrizität unser Begleiter, ohne daß wir sonderlich ihr Dasein beachten. Als Mädchen für alles wird sie überall gebraucht und, in alle nur erdenklichen Formen gepreßt, dem menschlichen Geiste dienstbar gemacht. Aber, obwohl tausendfältig verwandt, ist sie für alle Wissenschaftler noch ein Buch mit sieben Siegeln. Wir kennen wohl ihre Kraft und deren Wirkungen, um ihr eigentliches Wesen schwebt jedoch trotz aller Theorien noch die Tarnkappe des tiefsten Geheimnisses. Allen unseren Sinnen macht sie sich nicht erkennbar, es sei denn, daß sie, in eine andere Energieform umgewandelt, als Licht, Wärme, Bewegung oder Ton in unseren Wahrnehmungsorganen gerät.

Dieses Unsichtbare ihres Daseins macht es uns auch oft schwer, die Gefahren zu beachten, die sie uns in unvorsichtigen Augenblicken bringen kann. Wie ein wildes Tier bricht sie, die wir meist als ungefährlich betrachten,

leicht außer einem unangenehmen Kribbeln wenig merken, während einem anderen, der unerwartet in den Stromkreis kommt, das Lebenslicht ausgeblasen wird. Schreckwirkung usw. ist hierbei von großer Bedeutung. Vielfach liegt nur durch verringerte Herz- und Atemtätigkeit eine Bewußtlosigkeit vor, die durch sofort angestellte Atemübungen wieder behoben werden kann.

Bei einem Stromdurchgang stellt der menschliche Körper einen einfachen Ohmschen Widerstand dar, der in seiner Größe außerordentlich schwanken kann. Die lockere oder festere Berührung mit unter Spannung stehenden Teilen der Anlage sowie der mehr oder weniger isolierte Standort zur Erde und die dadurch bedingten Übergangswiderstände schaffen hier schon weit auseinanderliegende Werte. Feuchtigkeiten der Haut durch Schweiß und anderen leitenden Flüssigkeiten vermindern den Körperwiderstand um ein Bedeutendes. Bei ganz ungünstigen Verhältnissen kann er bis auf 500 Ohm heruntergehen, während andererseits in günstigen Fällen Werte bis zu 1 000 000 Ohm gemessen worden sind.

Der auftretende Strom bei einer Berührung mit der spannungsführenden Leitung ist nach dem Ohmschen Gesetz gleich der Spannung geteilt durch den Widerstand

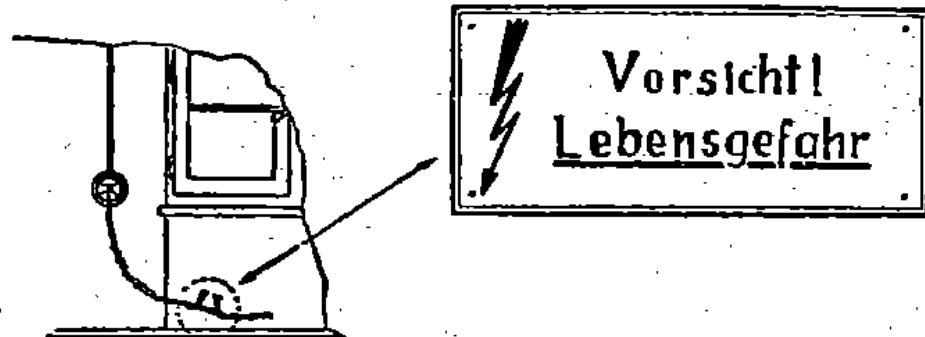
(Stromstärke = $\frac{\text{Spannung}}{\text{Körperwiderstand}}$). Da gerade Körperwiderstände von 4000 bis 1000 Ohm bei Arbeiten in feuchtigkeitshaltigen Betrieben gar nicht so selten sind, ergibt zum Beispiel eine einfache Rechnung bei einem angenommenen Körperwiderstand von 2000 Ohm und einer Spannung von 220 Volt eine wirksame Stromstärke von 0,11 Amp. ($\frac{220}{2000} = 0,11$ Ampere), die unbedingt als töd-

lich anzusprechen ist. Besonders gefährdet sind in dieser Hinsicht Arbeiter an Kesseln, in Brauereien, Färbereien, Waschanstalten, Gerbereien usw. Gleichstrom ist nach Versuchen bei weitem nicht so gefährlich wie Wechselstrom, der auch bei leichteren Unfällen vielfach starke Nerven- und Muskelschmerzen hinterläßt.

Die beste Sicherungsmaßnahme gegen alle derartigen elektrischen Unfälle ist außerordentlich gute Isolation der Leitungen. Verseilte Litzen sind wegen ihrer leichten Brüchigkeit und Möglichkeit des Durchscheuerns stets besonders zu beachten. Am sichersten ist, wenn bewegliche Leitungen nicht zu vermeiden sind, die Verwendung von Schnüren, die mit einem gemeinsamen Gummimantel umgeben sind, wie sie heute von fast allen Fabriken hergestellt werden. Besondere Erdungsschutzschalter, die eiserne Gerüste und Maschinenteile bei Schluß mit der Leitung fest an Erde legen und damit dem Strom selbsttätig einen leichten Abweg schaffen, tragen viel zur Verhinderung von Unfällen bei. Das Berühren von normal unter Spannung stehenden Teilen vermeiden alle neueren Installationen schon durch gute Verkapselung. Wenn jeder dazu noch darauf achtet, daß auftretende Störungen stets sofort durch Fachleute beseitigt werden, so ist schon eine große Sicherheit gegen zufällige Unfälle gegeben. Eine Unsitte ist es endlich, auf feste und bewegliche Leitungen zu treten, was stets Gefahren mit sich bringt. Als ganz verbrecherisch muß es angesehen werden, wenn liebe Kollegen ihren Mitarbeitern einen „Schreck“ einjagen wollen, indem sie diese an spannungsführende Teile absichtlich anfassen lassen.

Aus alledem sehen wir, daß unbedingte Sorgfalt im Umgang mit der Elektrizität zu beachten ist. Nur Spannungen unter 50 Volt können als sicher angesprochen werden. Es liegt aber bei jedem, durch Beachtung der angegebenen Richtlinien die Unfallgefahr auf ein Minimum zu reduzieren.

A. Jänicke



dann aus und kann uns schweren Schaden an Gesundheit und Leben zufügen. Wohl haben wir vor dem hochgespannten Strom schon auf Grund der Nullen, die der Zahl seiner Spannung anhaften, einen Respekt und wissen, daß wir nur mit allergrößter Aufmerksamkeit mit der gebändigten Kraft umgehen können. Die am meisten gebräuchlichsten Spannungen von 220 und 110 Volt scheinen uns jedoch treue und ungefährliche Freunde. Immer steigt nun aber die Zahl der Unfälle gerade bei diesen Spannungen. Prozentual ist sie wohl klein im Verhältnis zu den sonstigen Berufsunfällen, kostbare Menschenleben gehen aber dennoch durch mangelnde Vertrautheit mit den schädlichen Stromwirkungen zugrunde. Eine neuere holländische Statistik rechnet etwa im Jahresdurchschnitt acht tödliche Unfälle auf 1 Million Einwohner, während sich in Amerika das Verhältnis etwas darüber bewegt. Bei uns in Deutschland dürfte es wohl ebenfalls ähnlich sein.

Jüngere Forschungen beschäftigen sich eingehend mit dem Problem der Schädigung des menschlichen Körpers bei direktem Stromdurchgang. Überraschend ist hierbei, daß gerade ganz kleine Stromstärken unsere Organe angreifen. Als unbedingt tödlich wird in der Regel eine Stromstärke von 0,1 bis 1 Ampere angesehen. Unterhalb und oberhalb dieser Stromstärke nimmt die Gefahr bedeutend ab. Hohe Stromstärken rufen starke Verbrennungen hervor, deren Folgen natürlich auch tödlich sein können. Bei den angegebenen kleinen Stromstärken treten aber im Gegensatz dazu krampfartige Muskelzuckungen sowie Herzkammerflimmern, verbunden mit Atemnot, auf, was meistens den Tod nach sich zieht. Das Nervensystem der betroffenen Personen spielt hierbei außerdem eine außerordentliche Rolle. Vor allen Dingen ist die sogenannte Strombereitschaft oft ausschlaggebend für die Wirkung auf den Menschen. Jemand, der mit allen seinen Sinnen einen elektrischen Schlag erwartet und dessen Körper sich daher darauf einstellt, wird viel-



Familie und Heim



Internationaler Geburtenstreik

Die Geburtenzahl geht seit dem Kriege in allen Ländern zurück. Das kann nicht wundernehmen. Denn warum soll man Kinder gebären und die unendliche Mühe ihrer Erziehung auf sich nehmen — um dann millionenweis hingeschlachtet zu werden zu dem Zwecke, die Dummheiten ministerieller Trottel gutzumachen oder um einen Raub an Kohlen- und Erzfeldern zu vollziehen oder um nach Herzogshüten gierende Tagediebe zu befriedigen? Diese Erwägung bestimmt in der ganzen Welt die Familien, ihren Nachwuchs einzuschränken. Das haben übrigens die Besitzenden von jeher getan. Nur die Arbeiter waren so namenlos töricht, fleißig Kinder in die Welt zu setzen, damit die Hebammen und die Totengräber Beschäftigung bekamen, die Ausbeuter eine große industrielle Reservearmee hatten und die Militaristen genug Menschenmaterial zum Drillen und Schinden.

Allgemach dämmert es auch in der Arbeiterwelt ob des straffällig Törichtens des bisherigen Tuns. Die proletarische Frau streikt — sie überläßt das Gebären denen, die da glauben, Menschen in die Welt setzen zu können. Die Aufklärung trägt Früchte. Sie muß noch weitergehen, besonders bei den jungen Eheleuten, um sie vor zufälligem oder ungewolltem Familienzuwachs zu behüten. Dann muß der § 218 fallen, damit sich auch die proletarische Frau der Hilfe des Arztes gegen ungewollte Geburten bedienen kann. Die Pfaffen und die Ausbeuter bestehen nachdrücklich auf der Beibehaltung dieses Paragraphen. Sie wissen warum. Wir meinen jedoch, daß es auch heute schon, ohne in die Maschen des Paragraphen zu geraten, ziemlich möglich ist, unwillkommenem Nachwuchs vorzubeugen. Zu dieser Annahme läßt uns der allgemeine Rückgang der Geburten kommen.

Mit dem internationalen Geburtenstreik befaßt sich ein Buch von Ernst Kahn, das im Sozietätsverlag in Frankfurt erschienen ist. Darin wird festgestellt, daß wir in Deutschland zurzeit eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,9 je Familie gegen 4,4 Kindern im Jahre 1901 (in Berlin sogar nur 0,9 Kinder) haben. Dagegen wird der günstige Stand unserer gegenwärtigen Sterbeziffern mit rund zwölf Todesfällen auf das Tausend der Bevölkerung nur vorübergehend sein und schon bald steigen, sobald der anormale Altersaufbau mit der überdurchschnittlich starken Besetzung der mittleren Jahrgänge einem normaleren Aufbau der Altersklassen gewichen ist. Das bedeutet aber, daß in Kürze die sinkende Geburtenlinie und die ansteigende Sterbelinie sich schneiden müssen, womit nach Jahrhunderten einer Zeit des Geburtenüberschusses eine Zeit des Sterbeüberschusses folgen würde. Dieser Umschwung ist für Deutschland in etwa zehn Jahren zu erwarten, so daß also bis 1940 die deutsche Bevölkerung noch langsam steigen und mit ungefähr 65,4 Millionen den Höhepunkt erreichen würde, während dann ein verhältnismäßig steiler Abstieg der Bevölkerungszahlen einsetzen müßte, der im Jahre 1975 die deutsche Bevölkerung bis auf knapp 50 Millionen vermindert haben würde.

Diese Entwicklung aber wird nicht ein deutsches Sonderphänomen sein, sondern, wie bereits der Titel andeutet, eine internationale Erscheinung, so daß in der Tat mit dem Übergang vom Wachstum zum Rückgang der Menschzahl ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des europäischen Kulturkreises eintreten würde.

In Frankreich ist die Kinderzahl noch ständig im Rückgang begriffen, doch wird hierin seit einiger Zeit Frankreich von Deutschland übertroffen: Seit 1927 ist die Kinderzahl je Familie in Deutschland geringer als in Frankreich, das durchschnittlich noch gut zwei Kinder je Familie aufzuweisen hat. Im Gegensatz zu Frankreich war Italien das Land der großen Kinderzahlen und es konnte diesen Zustand länger als andere Völker noch im 20. Jahrhundert bewahren. Trotz aller Jungesellensteuern, Kinderprämien, Erschwerung der Landflucht usw. sinken jedoch auch in Italien die Geburtenzahlen von Jahr zu Jahr. Mit einer durchschnittlichen Geburtenziffer von 3,2 Kindern je Familie ist auch Italien heute auf einen Stand gelangt, bei dem von einem natürlichen Wachstum der Bevölkerung eigentlich nicht mehr die Rede sein kann.

Das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer ist gegenwärtig England mit 1,63 Geburten auf das Tausend gegenüber 1,86 in Deutschland. Besonders stark wird sich in den nächsten Jahren der Geburtenrückgang in Amerika auswirken, das sich gegenwärtig noch mit durchschnittlich 2,2 Kindern je Familie im Rahmen der übrigen Länder hält. Doch die Einwanderungspitze, die künftig die Einwanderung so gut wie ganz aufhebt, wird diese Zahl stark ändern. Die Einwanderer, die vorwiegend aus Ländern mit großer Kinderzahl stammen, halten bisher die durchschnittlichen Kinderzahlen hoch, während die eingebürgerten amerikanischen Familien die positive Geburtenkontrolle seit langem üben.

Aber auch die slawische Welt, bisher das unerschöpfliche Reservoir wachsender Menschzahlen, macht hinsichtlich der Geburtenbeschränkung keine Ausnahme. Auch hier ist es deutlich mit der Zeit der gewaltigen Geburtenüberschüsse und der übergroßen Kinderzahlen vorbei. Namentlich in Rußland ist der Sturz der Kinderzahlen geradezu verblüffend. In der Ukraine liegt die durchschnittliche Geburtenziffer bei 3,1, aber auch in Polen bei 3,3 pro Familie, was bei den schlechten hygienischen Verhältnissen in diesen Ländern, bei der überaus hohen Säuglingssterblichkeit bereits auf die Dauer einen absoluten Rückgang der Bevölkerungszahl bedeutet.

Allerdings muß man vorsichtig sein, aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge Rückschlüsse auf lange Zeit zu ziehen. Es gab in der Geschichte der Menschheit wiederholt Zeiten des Geburtenrückganges, der sich dann mit der Änderung der Gesellschaftsform wandelte. Und wenn die menschenmordende kapitalistische Gesellschaft einer anderen, einer menschlichen Ordnung Platz macht, ist auch ein neues Steigen der Geburtenzahl nicht unwahrscheinlich.

Eine Hebamme schreibt . . .

Ich las in der Metallarbeiter-Zeitung (Nr. 1) den Aufsatz: „Wenn der Säugling reden könnte...“ An sich ganz ausreichend und befriedigend für die breite Masse der Frauen, und besonders erfreulich, daß jungen Müttern solches zu lesen geboten wird. Ein Körnchen fröhlich davon doch auf guten Boden. Die Hebammen reden sich ja fast den Mund wund, vicinals aber vergebens. Es ist nicht so, daß die schlechte wirtschaftliche Lage der Hebammen auf diesem Gebiet in Frage käme; denn wenn die Hebamme einmal da ist, um einer jungen Mutter beizustehen, dann hält sie es auch für ihre Pflicht, diese junge Mutter über alles, was ihr und dem Kinde nötig ist, aufzuklären und es praktisch zu zeigen. Der Abgang ist nicht mehr ganz so schlimm, doch noch arg genug. Die Hebammen wird stets alles Unangenehme in die Schuhe geschoben. Das ist durchaus nicht Neues, weil man offenbar in den Familien die Vorschriften der Hebammen besser kennt als die eigenen Pflichten für die Vorbereitung einer Geburt. Ganz gewiß gibt es noch Fälle, wo

der „Leinenzul“ mit der bewußten Füllung gebraucht wird. Leider weiß ich selbst einen solchen Fall. Doch dort, wo diese Auswüchse vorhanden sind, sind auch die Mütter sehr rückständig, und eine gewissenhafte Hebamme wird dafür kaltgestellt.

Die Beobachtung des Gesundheitszustandes, des eignen und des Säuglings, liegt vielen Müttern überhaupt nicht. Darüber könnten Hebammen Bücher schreiben. Ich als über 27 Jahre im Beruf stehende Hebamme und langjährige Leiterin einer Mütterberatungsstelle muß oft erst die Frauen dazu drängen, daß sie dem Arzt vortragen, was sie um ihres Kindes willen bedrückt. Die jungen Mütter wollen nicht lernen, auseinanderzuhalten, daß eine Mütterberatungsstelle eben auch nur eine Beratungsstelle und nicht eine Behandlungsstätte ist. Aus Unwissenheit wird darüber oft recht verächtlich gesprochen. Es soll eben nur beraten und nötigenfalls zum Arzt geschickt werden. Die Wahl des Arztes ist jeder Familie freigestellt. Selbstverständlich kann auch der zur Mütterberatung gegenwärtige Arzt gewählt werden, natürlich in seiner Sprechstunde auf dem üblichen Wege.

Ich freue mich, daß ich alle die von mir entbundenen Frauen, mit Ausnahme weniger stolzer, in der Mütterberatung wieder treffe. So manche schwere Erkrankung ist hier entdeckt worden. Irrtümlicherweise sind die Frauen oft beleidigt, wenn ihnen gesagt wird, daß ein Kind unterernährt ist. Es ist ein grober Fehler, wenn dann der so charakterisierte Säugling nicht wieder vorgestellt wird und auch keine Schritte zu seiner Stärkung unternommen werden. Es muß jedem Kinde geholfen werden. Auch die Mütter haben bei Schwangerschaft und Stillzeit ein Anrecht auf Auskunft um ihrer selbst willen. Nebenbei werden auch Nahrungsmittel zu verbilligten Preisen abgegeben, in Not sogar unentgeltlich. Die Frauen sollten auch nicht soviel Wert auf äußeren Aufwand, auf Kleidung und Kinderwagen legen. Da sollte jede Frau nach ihren Verhältnissen, jedoch sauber erscheinen.

Man soll sich nur nicht von dem Gedanken leiten lassen, daß an zu wenig Aufklärung unter den jungen Frauen die Hebammen schuld seien. Ich habe diesbezüglich schon harte Kämpfe ausgefochten. Wir haben eine tüchtige Verbandsvorsitzende, die mit aller Energie Bildungsmängeln unter den Hebammen entgegentritt. Rüdige Schafe gibts natürlich in allen Ständen.

Hebamme J. B. in E.

Uneheliche Mutter

Barfuß ich schreite
Durchs weite Land.
Nebliche Weite
Und keine Hand,
Die mich geleite.

Bin ja verstoßen
Und bin verbannt!
Einst sangen Rosen
Im Sonnenland
Von selgem Kosen . . .

Dort krächzen Raben
Am Meilenstein.
Ihr schwarzen Knaben,
Laßt mich allein
Nur weitertragen.

Doch alle Schmerzen
Beugen mich nicht.
Denn tief im Herzen
Strahlt mir ein Licht
Gleich Wunderkerzen.

M. Schulz.

„Mehr Achtung vor den Dienstboten“

Unter dieser Überschrift steht in der Nr. 2 der MZ ein Aufsatz von Elise Schlatter. Veranlassung dazu scheint ihr der vielbeschriebene und besprochene „Dienstbotenmangel“ gewesen zu sein, weniger aber die wirklichen Nöte der Hausangestellten selbst. Es ist niemandem ein Vorwurf daraus zu machen, daß er bestimmte Berufsgruppen nicht selbst durchlaufen hat. Keine der Berufsgruppen ist aber so schwer zu beurteilen und einzuschätzen, wie gerade die der Hausangestellten. Am allerwenigsten vermögen oft die Menschen sich in die Lebenslage der Hausangestellten hineinzuversetzen, die sich selbst „Dienstboten halten“. Sie müßten denn eben sozialistisch geschult und menschlich verständnisvoll sein. Keineswegs aber genügt etwa die bloße Erkenntnis, daß die oder der Hausangestellte ja auch ein Mensch sei.

Die Verfasserin des erwähnten Aufsatzes schreibt wie selbstverständlich von „Dienstbotenstand“, von „Herrschaften“; sie glaubt womöglich, daß eine Hausangestellte beglückt davon sei, wenn die Gnädige gelegentlich ein Lied mit ihr anstimmt. Da ist eine Tante, eine „gutsituierte“ Dame, die den „Klassenunterschied“ in ihrem Hause in der Weise ausmerzt, daß sie morgens um fünf Uhr höchstpersönlich die Haustüre aufschließt; „und doch hätte sie dies nicht nötig gehabt“. Die Mädchen werden geradezu erobert davon gewesen sein. Ihr aber kam es mehr auf den „inneren Reichtum“ an, und was dergleichen nette Sachen von der alten Dame mehr erzählt werden.

Wenn man hiernach die Schlussumme ziehen soll: Gib dem Dienstmädchen nicht nur gelegentlich die Hand, grüße sie auch wieder, wenn sie dich auf der Straße grüßt. Ferner singe mit ihr, und sei es des Morgens um fünf Uhr, gleich neben ihr in der Küche, damit sie keinen „Klassenunterschied“ merkt — auf daß erstens mal die Arbeit bis abends um zehn Uhr geschafft werde und daß zweitens das Mädel ja keine Minute ohne Aufsicht sei. Achte sie „mehr“! Wieviel „mehr“? Nun, das wirst du schon selbst wissen: „Ein Dienstmädchen, das das Zutrauen seiner Herrschaft hat, wird sich alle Mühe geben, dieses noch zu festigen.“ Was etwa freie Zeit anbelangt, Lohn, Wohngelegenheit und Kulturbedürfnisse, eine Freundschaft oder — Gott behüte — ein Verhältnis mit einem Mann — das verbietet sich scheinend von selbst. Bei diesen schweren Zeiten haben die „Dienstboten“ schon dankbar zu sein für ein gutes Wort und einen Händedruck.

Es ist sehr möglich, daß E. Sch. das alles „nicht so gemeint“ haben will. Es klingt aber „so“. Muß die Hausangestellte überhaupt in der Wohnung der „Herrschaft“ leben? Das ist die Kernfrage. Die Verfasserin des erwähnten Aufsatzes fühlt sie in der Luft liegen, sie sieht anscheinend aber noch nicht die technischen Möglichkeiten des kommenden Haushalts. Sie sieht die Ursachen zur Flucht aus dem Haushalt in Dingen, auf die ein fortschrittlich eingestelltes Mädel pfeift. Auf solche „Achtung“, die ihm nur entgegengebracht wird von jemand, der sich dabei das „Gegenteil“ von „Schaden“ davon verspricht, verzichtet jeder selbständige Mensch.

Soviel steht fest: von außen her und von den „gnädigen Frauen“ werden unsere Schwestern und Brüder, die an Herrschaftshäusern angebunden sind, keine Befreiung erfahren. Wirkliche Achtung können wir uns nur verschaffen, wenn wir selbst um unsere Rechte kämpfen! Hildegard K.

Nur eine Liliputanerin

Liliputaner sind gewöhnlich keine hübschen Leute. Selbst in der Jugend haben ihre Gesichter einen ältlichen, mißvergnügten Ausdruck, der vielleicht von dem sie bedrückenden Minderwertigkeitsgefühl herrühren mag, das diese von der Natur stiefmütterlich behandelten Wesen den normalgroßen Menschen gegenüber haben. Ihre Körperchen sind meist ein wenig verwaschen, ein richtig großer Kopf ist verschentlich auf eine Zwergengleich geratene; einzelne schleppen auch ein Höckerchen oder einen Klumpfuß durchs Leben. Ein geschickter Direktor solch einer Liliputanertruppe kann durch Schneiderekunst kleinere Mängel „kaschieren“ — was er aber dem armen Zwerglein nicht anmessen lassen kann, ist ein zufriedenes Lächeln und einen lebensfrohen, glücklichen Blick.

Nach all diesem wird man zugeben müssen, daß Prinzesse Däumelinchen, mit bürgerlichem Namen Ella Großbauer die Zierde des Liliputanerengesellschafts war. Ein frisches, pau-bäckiges Gesichtchen, blaue Augen, blondes, krauses Haar. Sie maß 90 Zentimeter mitsamt den Stöckelschuhen und wog 38 Pfund, bei fehlerlosem Körperbau. Däumelinchen war Mitglied des großen Wanderzirkus Ghigli und Partnerin des Kunstreiters Valentino. Valentino war ein hübscher junger Mann von hünenhaftem Wuchs und jenem Lächeln in den leichtsinnig blickenden Augen, das ihn als Liebling der Frauen erkennen ließ.

Allabendlich trat Däumelinchen mit Signor Valentino in einer originellen Zirkusnummer auf. Ein Schimmel von beachtenswerten Ausmaßen (er gehörte noch zur Garde der aussterbenden Nudelbrettschimmel) galoppierte mit dem als schwarzeideneu Pierrot verkleideten Valentino in die Manege. Das Publikum — voran die Damen — begrüßte mit Applaus die „schönen Valentino“, der einige Runden stehend mit Kunststücken aufwartete. Als Clou seiner Nummer griff er in die Hosentasche seines weiten Clownkostüms und zog Prinzesse Däumelinchen unter allgemeinem Hallo des Publikums ans Tageslicht. Däumelinchen als weißseidene Pierrette sandte Küßhändchen in die Zuschauermenge, lachte, winkte und war selb über den gelungenen Spaß, in Valentinos Beinkleid versteckt gewesen zu sein. Dann produzierten sich die beiden ungleichen Partner am ruhig galoppierenden Pferd noch mit ein paar einfachen Reitertricks. Weder der hünenhafte Valentino, noch der Zwerglein besaßen großen Mut, und wenn Däumelinchen nicht so gerne Valentinos Gesellschaft gesucht hätte, würde sie vor Angst nie ein Pferd bestiegen haben. So aber war sie jeden Abend bereit, die ganze Nummer zu wiederholen, und schlüpfte vergnügt in Valentinos Pierrotkostüm. Diese zehn Minuten abendlicher Arbeit waren ihre glücklichste Zeit des Tages; sie hegte eine schwärmerische Liebe zu Valentino, die, es müßte leider gesagt werden — von ihm kaum bemerkt wurde. Nach der Zirkusnummer begegneten den beiden im Gang zwischen Manege und Stall die 4 Sisters Miller, Luftakrobattinnen, die ihre Nummer beginnen sollten und mit Valentino zärtliche Blick tauschen.

Der Kunstreiter begab sich in den Wohnwagen, kleidete sich um und lief ungesehen über den schwach erleuchteten Zirkusplatz bis er einen Trambahnwagen erreichte, der ihn in die Stadt brachte vor ein Nachtkloak brachte. Es war den Mitgliedern des Zirkus Ghigli untersagt, auch an jenen Abenden, an denen sie nicht „Uniform zu stehen“ hatten, ohne Erlaubnisschein auszugehen, aber Valentino hatte ein Stelldichein mit einer lustigen Gesellschaft verabredet, das er nicht versäumen wollte. Beim Heimkommen gedachte er sich dann hinter Däumelinchens Wohnwagen, der im rechten Winkel zum Löwenkäfig stand, zu verstecken und bei hellem Tag unter die Angestellten des Zirkus zu mischen, um in seinen Wagen zu gelangen.

Während Valentino in toller Gesellschaft einen Whisky-Sod nach dem anderen schluckte, begann für Däumelinchen die härteste Arbeit des Tages, das „zur Schau gestellt sein“. In der großen Pausen der Vorstellungen, während das Publikum die Menagerie besichtigte, mußte sie in ihrem mit Puppenmöbeln ausgestatteten Wohnwagen eine Separatvorstellung geben. Die gaffenden Zuschauer schoben und drängten sich, um Däumelinchen in vergeblich nichtblaum Pyjama beim Abendessen zu bestaunen, wie sie mit einem winzigen Samowar Tee braute, von puppenhaften Tellerchen, eine richtige Vogelportion verzehrte dabei zierlich mit Zwergenbesteck hantierend. Sie haßte auvollem Liliputanerherzen alle diese großen Menschen, von denen sie bedauernd und mitleidig betrachtete, oft auch mit taktlosen Bemerkungen geneckt wurde. Ach, war sie wirklich nur ein Spielzeug, eine dumme Puppe?

Als endlich die letzten Neugierigen gegangen waren und sie wieder allein mit den sympathischeren Nachbarn, den Löwen war, kroch sie todmüde in ihr Zwergbettchen und konnte lang keinen Schlaf finden. Zu tief hatten sie die Worte eines Jünglings, der wie die geschneigte Schaufensterfigur eines Schneidegeschäfts ausgesehen hatte, getroffen: „Det kleine Mädchen ist rein für jarnischt!“... Nach stundenlangem vergeblichen Warten auf den Schlummer glaubte Däumelinchen hinter ihrer Wagen Schritte zu hören, dann einen dumpfen Knall. Auf ihr leises Rufen kam keine Antwort. Sie verließ ihr warmes Bettchen, kletterte die Treppe des Wagens hinab ins Freie und hatte einen unerwarteten Anblick: ihr angebeteter Signor Valentino lag schwer bezechet an die Gitterstäbe des Löwenkäfigs gelehrt und schnarchte. Durch sein Vorbeistreichen an der scheinbar nachlässig geschlossenen Tür des Käfigs hatte sich der Riegel gelöst und Berry, der König der Wildnis, gefolgt von seiner treuen Gattin, schickte sich eben an, einen nächtlichen Spaziergang anzutreten. Däumelinchen, die Gefahr erkennend, rüttelte und schüttelte den Kunstreiter, doch dieser schnarchte steif und unbeweglich. Däumelinchen lief zitternd und atemlos über das schwach beleuchtete Gelände zum Wagen der Wächter und weckte sie auf. Mit gültlichem Zureden und rohem Fleisch lockte man die Löwen wieder in ihren Käfig zurück.

In ihrem Puppenbettchen aber lag Däumelinchen von fiebrigen Schluchzen geschüttelt, mit wehem Liliputanerherzen, das liebte, litt, tobte, kämpfte, verzicht und entsagte wie das Herz einer richtiggewachsenen Weibes. B. C. Hocheneder.

Ein Irrtum

„Marie, ich habe bemerkt, daß Sie sich morgens immer mit dem Milchmann küssen. Künftig werde ich immer morgens den Milch hereinnehmen.“

„Det nützt Sie nischt, gnädige Frau, Ihnen küßt er nicht.“

Voreilig

Der Chef eines großen amerikanischen Warenhauses sieht in Packraum einen Burschen auf einer Kiste sitzen und eine Zeitung lesen. Er fragt ihn:

„Wieviel bekommen Sie wöchentlich?“

„Zehn Dollar.“

„Hier sind die zehn Dollar. Und jetzt — raus!“

Darauf wendet er sich zu dem Packmeister und fragt ihn ziemlich barschem Tone:

„Wann haben wir diesen Faulpelz eingestellt?“

„Wir?“, erwidert der Packmeister überrascht. „Das war der Bote von Smith, der uns nur eine Kiste abgeliefert sollte.“

Lohnsteuererstattung

Durch Runderlaß des Reichsministers der Finanzen wird auch für 1930 die Lohnsteuererstattung zugelassen. Der neue Runderlaß weicht allerdings von dem im Vorjahr etwas ab, so in bezug auf den zu erstattenden Pauschbetrag der ledigen Arbeitnehmer, die Ledigensteuer zu entrichten haben.

Die Lohnsteuererstattungsanträge können nach dem 20. Januar eingereicht werden.

Erstattungsanträge von Arbeitnehmern, die am Schluß des Jahres 1930 erwerbslos waren, werden, wenn es irgend möglich ist, insbesondere wenn die zur Begründung erforderlichen Unterlagen (zum Beispiel die Steuerkarte 1930 und die dem Arbeitnehmer im Laufe des Kalenderjahres 1930 von seinem Arbeitgeber ausgehändigten Durchschriften der Überweisungsblätter) dem Antrage beigelegt werden, je nach der Dauer der Erwerbslosigkeit und der sonstigen Dringlichkeit des Antrags, bevorzugt. Ist der Antragsteller arbeitslos, so empfiehlt es sich, auf dem Antrag einen Vermerk „Seit... arbeitslos“ mit buntem Farbstift vorzunehmen. Hiermit wird dann sofort die Dringlichkeit des Erstattungsantrags ersehen.

Die Lohnsteuererstattungsanträge müssen bis zum 31. März 1931 eingereicht sein. Erstattungsanträge, die nach dem 31. März 1931 gestellt werden, finden keine Berücksichtigung mehr und eine Erstattung ist dann ausgeschlossen.

Der Lohnsteuererstattungsantrag ist beim Finanzamt zu stellen, und zwar bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 10. Oktober 1930 seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes einen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Den Erstattungsantrag kann jeder Arbeitnehmer stellen, der der Lohnsteuerpflicht unterliegt oder unterlegen hat und sofern der Arbeitnehmer im Kalenderjahr 1930 mindestens 4 M Lohnsteuer entrichtet hat und natürlich auch die Voraussetzungen für eine Erstattung mitbringt.

Ein Lohnsteuererstattungsantrag kann gestellt werden, wenn zur Begründung Verdienstaufschlag nachgewiesen wird, sei es durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik und Kurzarbeit, oder der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 M und die nach dem Familienstande freibleibenden Beträge (zum Beispiel von insgesamt bei einem Ledigen 24 M, bei einem Verheirateten mit einem Kind 28,80 M wöchentlich) im Laufe des Jahres 1930 nicht voll berücksichtigt worden sind.

Ferner kann Erstattungsantrag gestellt werden, wenn im Jahre 1930 vom Arbeitslohn Steuerabzüge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge ausmachte. Diese Freibeträge, auf das Jahr umgerechnet, ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern	
	mit Ehefrau RM	ohne Ehefrau RM
Keine Kinder	1320	1200
1 Kind	1440	1320
2 Kinder	1680	1560
3 Kinder	2160	2040
4 Kinder	2880	2760
5 Kinder	3840	3720
6 Kinder	4880	4680
7 Kinder	5760	5640
8 Kinder	6720	6660

Von den Beiträgen werden niemals mehr, als im Kalenderjahr 1930 an Lohnsteuer einbehalten worden ist, erstattet.

Wenn infolge Verdienstaufschlages durch Krankheit, Aussperrung, Streik oder sonstiger Arbeitslosigkeit die Freibeträge nicht gutgebracht worden sind, dann werden für jede volle Woche des Verdienstaufschlages folgende Beträge, die nach dem Familienstande abgestuft sind, erstattet:

Anzahl der Kinder	Für jede volle Woche des Verdienstaufschlages sind zu erstatten bei Arbeitnehmern	
	mit Ehefrau RM	ohne Ehefrau RM
Keine Kinder	2,-	1,80
1 Kind	2,20	2,20
2 Kinder	2,60	2,60
3 Kinder	3,55	3,55
4 Kinder	5,-	5,-
5 Kinder	6,95	6,95
6 Kinder	8,85	8,85
7 Kinder	10,75	10,75
8 Kinder	12,70	12,70

Wenn der Verdienst die Freigrenze nicht erreicht hat (siehe erste Tabelle) und trotzdem Steuerbeträge einbehalten worden sind, so wird der ganze einbehaltene Steuerbetrag erstattet. Jahresbeträge unter 4 M werden nicht erstattet.

Bei den Ledigen kommt die Erstattung des wöchentlichen Betrages von 2 M aber nur bei denjenigen in Frage, die der Ledigensteuer unterworfen sind. Obwohl die Ledigensteuer erst seit dem 1. September 1930 eingeführt ist, kommt der Erstattungspauschbetrag von 2 M auch für die Zeit vor dem 1. September zur Anwendung.

Der Pauschbetrag von 2 M kommt aber für diejenigen ledigen Arbeitnehmer nicht in Frage, die an sich dem Ledigenzuschlag unterlegen hätten, die aber während der ganzen Geltungsdauer des Ledigenzuschlages im Kalenderjahr 1930, also vom 1. September bis 31. Dezember 1930, erwerbslos waren, also tatsächlich keinen Ledigenzuschlag entrichtet haben. Als Erstattungsbetrag kommt hier nur 1,80 M in Frage.

Die Stellung des Erstattungsantrages erfolgt durch genaue Ausfüllung eines vorgedruckten Antragsformulars. Dasselbe ist beim Finanzamt kostenlos erhältlich. Nach Ausfüllung des Vordruckes ist er dort wieder abzugeben oder kann mit der Post dem Finanzamt zugestellt werden. Dem Erstattungsantrag müssen folgende Unterlagen beigelegt werden:

1. Die Steuerkarte 1930, wenn sie im Besitz des Arbeitnehmers sich befindet.
 2. Die Bescheinigungen der Arbeitgeber, aus denen die Höhe des Arbeitslohnes, die einbehaltene Lohnsteuer und Angaben über die Zeit der Krankheit, Arbeitslosigkeit hervorgehen.
 3. Sofern für den Steuerabzug verwendet worden sind:
 - a) die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1930 zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, wenn sie nicht vom Arbeitgeber dem Finanzamt unmittelbar eingesandt worden sind;
 - b) eine Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung der Einlagebogen durch den Arbeitnehmer.
 4. Im Falle des Verdienstaufschlages infolge von Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, infolge Arbeitslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslos-Kontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosfürsorge oder eines Berufsverbandes.
- Gegen die Entscheidung des Finanzamts über den Erstattungsantrag kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung Einspruch beim Finanzamt eingereicht werden. — o —

Die Tragödie eines patriotischen Kriegsfreiwilligen

Von Heinrich Wandt

(2. Fortsetzung)

So schrieb er zum Beispiel am 14. November 1917, also zwei Tage nach dem ergangenen Bluturteil, in dem ersten Briefe, den er an den Vater des zu Unrecht zum Tode Verdamnten richtete:

„Wie Sie wohl wissen, sehr geehrter Herr Niederlender, habe ich seinerzeit Ihren Sohn in dessen Strafsache verteidigt. Der Oberbefehlshaber hat das Urteil aufgehoben, weil nicht wegen Mordes erkannt war. Es hat daher eine zweite Verhandlung stattgefunden. Dieses Mal ist auf Todesstrafe erkannt worden.“

Mir erscheint das Urteil nicht richtig, und ich möchte Sie dringend bitten, ein sofortiges Gnadengesuch einzureichen. Wenden Sie sich sofort an einen Rechtsanwalt. Vielleicht können Sie Ihrem armen Sohn noch helfen.

Der Vater hatte bereits sechs Wochen zuvor, sowie ihm die zuerst über seinen Georg verhängte lebenslängliche Zuchthausstrafe zu Ohren kam, einen Saargemünder Rechtsanwalt aufgesucht und sich von diesem, ein Gnadengesuch verfassen lassen, das dann noch an dem gleichen Tage, und zwar telegraphisch, Wilhelm von Gottes Gnaden übermittelt wurde.

Der Saareinsminger Mühlenbesitzer, ein biederer, einfacher und, wie schon erwähnt, sehr deutschnationalgesinnter Mann, der sich, samt seiner ganzen Familie, des allerbesten Leumunds erfreute, hatte darin in seinem und seiner, unter der Last dieses fürchterlichen Schicksalsschlages dahinsiechenden Frau Namen den Obersten Kriegsherrn seines eingekerkerten Sohnes angefleht, doch allergnädigst geruhen zu wollen, das ungeheuerliche Zuchthausurteil im Gnadenwege zu mildern. Und vom General von Oertzen war ihm dann zwei Wochen darauf im Auftrage des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts zu Berlin-Charlottenburg mitgeteilt worden, daß seiner Gnadenbitte vom 1. Oktober 1917 noch nicht nähergetreten werden könne, weil das Urteil noch keine Rechtskraft erlangt hätte.

Jetzt eilte der tiefgebeugte Vater wiederum in die Kreisstadt und ließ sich von dem Anwalt ein neues, eingehenderes Gnadengesuch an den Kaiser

aufsetzen, in dem besonders auf die krankhafte Nervenüberreizung hingewiesen wurde, unter der Georg schon lange Zeit vor der Tat ständig gelitten, und die, wie zahlreiche Zeugen eidlich bekunden konnten, sich immer mehr verschlimmert hatte. Dann schrieb der Müller an den Oberleutnant Hannig einen innigen Dankbrief und bat in ergreifender Weise darum, seinen Sohn Georg doch nicht zu verlassen und alles zu tun, um das Schrecklichste zu verhüten.

Dieser menschenfreundliche Offizier hatte aber schon alles getan, um seinen Schützling vor dem Tode zu bewahren. In einer Antwort an den Vater Niederlenders war folgende Bemerkung enthalten:

„Ich kann Ihnen ruhig schreiben, für meine Person bin ich nicht ohne Hoffnung auf Erfolg...“

Wenn auch ich nicht so felsenfest von der allzu großen Härte der Strafe und damit ihrer Ungerechtigkeit überzeugt wäre, dann hätte ich das Gnadengesuch auch nicht in voller Überzeugung seiner unbedingten Notwendigkeit empfohlen und selbst gefertigt.

Sie möchten nun gerne näheren Bescheid haben über das persönliche Verhalten und die Gemütsstimmung Ihres Sohnes. Sein persönliches Verhalten war bis zum Schluß, bis zur Urteilsverkündung, gefaßt. Erst bei der Urteilsverkündung brach er zusammen... Er selbst kann die Tat nicht verstehen und sich keine Rechenschaft geben, wie er hat zu dem Schritt kommen können. Selbstverständlich hat er unter diesen Umständen selbst nicht an solche Strafe gedacht... Ich stelle Ihnen meine volle Mitwirkung in der Begnadigungssache in Aussicht.

In aller Hochachtung

Ihr Hannig, Oberleutnant d. Res.

Mittlerweile waren die armen Eltern auch in den Besitz der kurzen Mitteilung gelangt, in der ihnen Georg selbst das von ihm mit Recht nie und nimmermehr befürchtete Ergebnis der zweiten Verhandlung bekanntgab. Der Brief, dessen Eintreffen sich verzögert hatte, weil er erst die Zensur des Kriegsgerichtsrats Dr. Hackstein passieren mußte, lautete:

13. Nov. 17.

Liebe Eltern und Geschwister!

Gestern war meine Verhandlung, und das Urteil lautete dieses Mal noch schlimmer:

Tod!

Liebe Eltern, gewiß eine harte Nuß für Euch. Ja, wenn ich nur einer so großen Schuld mich bewußt wäre!

Liebe Eltern, ich bitte Euch nochmal um Verzeihung für den großen Kummer, den ich Euch bereitet habe. Wenn Ihr noch etwas für mich tun wollt, so geht, bittet, zu einem Rechtsanwalt in Saargemünd und macht ein Gnadengesuch an Seine Majestät. Aber, meine liebe Eltern, möglichst sofort. In der Hoffnung, daß es noch gut geht, grüßt und küßt Euch

Euer unglücklicher
Georg.

Der Inhalt des nächsten, im Gefängnis zu Gent verfaßten Schreibens, in dem er den Eltern, die es erst am 4. Dezember erreichte, mitteilte, daß das Todesurteil nunmehr rechtskräftig geworden sei, verriet deutlich, daß er von all dem, was sie und Oberleutnant Hannig inzwischen schon zu seiner Rettung versucht hatten, noch keine Ahnung besaß. Denn er bat sie erneut, falls es noch nicht geschehen wäre, an den Kaiser ein Gnadengesuch einzuschicken, und nannte ihnen zu diesem Zwecke auch alle Punkte und Zeugen, die darin zu seinen Gunsten angeführt werden konnten.

Das bevorstehende Weihnachtsfest erweckte bei den Eltern, bei dem Offizier Hannig und auch dem unglücklichen Georg Niederlender selbst die Erwartung, daß mit einer Begnadigung zu rechnen sei. Aber Wilhelm von Gottes Gnaden, der zwei Jahre zuvor den belgischen Spion Graf Josef de Hemptinne trotz seiner gefährlichen Spionagetätigkeit für die Alliierten begnadigt hatte, erwies sich bei dem Saareinsminger Müllersohn nicht so huldvoll. Der Heilige Abend kam und der Neuköllner Lehrer Gohdes, der als Landsturmunteroffizier im Gefängnis Dienst hatte und der gern dem unglücklichen jungen Menschen zum Heiligen Abend die Freudensbotschaft der Begnadigung gebracht hätte, mußte sich schweigend von dem Unglücklichen fernhalten. Die Genter Kirchenglocken läuteten, die Bürger liefen zur Mitternachtsmesse und Niederlender lag schlaflos auf seiner Pritsche. Da schrieb er seinen

Weihnachtsbrief

an die Eltern. Er hatte immer noch gehofft, in diesem Brief Mitteilung von seiner Begnadigung machen zu können. Die grausame Enttäuschung war seiner alten Tapferkeit gewichen. In dem Brief heißt es:

„Wie mir an diesem Tag zumute ist, das könnt Ihr Euch wohl denken. Voriges Jahr war ich auf Urlaub zu Hause und wir hofften doch alle bestimmt, dieses Weihnachten im Frieden zu erleben. Aber tausendmal schlimmer ist es nun noch geworden.“

Über meinen seelischen Zustand will ich Euch gar nicht erst schreiben... Was mich heute am meisten quält, das ist der Gedanke, Euch durch meine unglückselige Tat so viel Kummer bereitet zu haben... Von meiner Sache habe ich bis jetzt noch keinen Bescheid und auch keine Ahnung, wie lange es noch dauern wird. Körperlich befinde ich mich noch ganz wohl, was ich auch von Euch hoffe. An diesem schönen

Friedensfest

wünsche ich Euch allen einen baldigen ehrenvollen Frieden. Sollte auch ich ihn nicht mehr erleben, so möge doch Gott wenigstens meinen lieben Bruder Johann beschützen und ihn nach Kriegsende gesund nach Hause zurückkehren lassen... Die Eltern hatten ihm zum Fest zwei Liebesgabenpakete geschickt. Er erhielt sie erst am dritten Feiertag und teilte den Inhalt freigebig unter die deutschen Soldaten, die gerade im Gefängnis in der Niuwen Wandling in Untersuchungshaft saßen. Darunter war auch der arme Schächer Johann von Pein, ein geisteskranker Landsturmmann, der in diesem Morden sich auch gegen das Leben eines Mitmenschen vergangen hatte. Am 3. Februar 1918 wurde er zur Hinrichtung geführt.

Ich habe mich in mein Los gefunden,

und ich werde es auch ertragen, tröstete Georg seine Eltern in einem weiteren Briefe.

Man setzte große Hoffnungen auf die Gnadenwelle, die seine Majestät an seinem Geburtstage ausstrahlen würde. Oberleutnant Hannig sprach in einem Schreiben die Hoffnung aus, daß am Geburtstage „auf die Gnade unseres allergnädigsten Kaisers und Königs“ zu rechnen sei. Aber auch der Geburtstag des Gottesgnädigsten zerstörte diese Hoffnung. Der unglückliche junge Mensch wußte nicht, ob er begnadigt oder erschossen werde und lebte volle 100 Tage und Nächte in dieser Ungewißheit.

Da dämmerte der frühe Abend des 20. Februar 1918 über die zahlreichen Türme und Dächer der wunderbaren alten flandrischen Hauptstadt herein, und der Nebel, der nun wieder über ihren vielen Gewässern zu brauen begann, durchwallte immer dichter die winkligen Gassen und Straßen und legte sich auch wie ein Schleier um das feste Haus an der Neuen Promenade, das so viele vergitterte Fenster hatte.

„Matt!“ frohlockte der Unteroffizier Overscheid vom Landsturm-Infanterie-Ersatzbataillon II Gent, der Zellengenosse des zu Unrecht zum Tode verurteilten Vizefeldwebels und Offiziersaspiranten, und blickte seinem Gegenüber lächelnd ins Antlitz.

„Ja, es ist so!“

antwortete Niederlender, erhob seinen blondhaarigen Kopf vom Schachbrett und fing an, die Figuren in das Klischee zu räumen. „Es ist aber auch ein Glück, denn ich bin müde, so richtig müde, und ich möchte mich, wenn ich mich heute niederlege, einmal recht ordentlich ausschlafen können...“

Er fuhr auf und horchte nach dem Gang hin. „Overscheid!“ rief er dann plötzlich und sprang jäh von seinem Schemel auf. „Jetzt ist überhaupt alles für mich aus, ich höre draußen Gohdes mit dem Pfarrer flüstern, gib acht, der kündigt mir Unheil, sonst käme er nicht noch so spät ins Gefängnis!“

(Fortsetzung folgt.)

Chamisso-Worte

Am 30. Januar 1781, also vor 150 Jahren, wurde auf Schloß Boncourt in der Champagne Louis Charles Adelaide de Chamisso de Boncourt, bekannt unter dem Namen Adalbert von Chamisso, geboren. Verbreitet sind seine zahlreichen lyrischen Gedichte und sein symbolisches Märchen „Peter Schlemihl“.

Das Reich der Dichtung ist das Reich der Wahrheit. Schließt auf das Heiligum, es werde Licht!

Was mir im Busen schwoll, mir unbewußt, — ich konnt es nicht verhindern — ward Gesang: zum Liede ward mir jede süße Lust, zum Liede jeder Schmerz, mit dem ich rang!

Was je gelebt im Geiste, gehört der Ewigkeit, Nur ruft es erst ins Leben die allgewaltige Zeit.

Um reisen zu mögen, muß man sich eines Hauses hinter sich bewußt sein, nach dem man sich sehnt, und wohin man heimkehren kann.

Die Lieb' umfaßt des Weibes volles Leben. Sie ist ihr Kerker und ihr Himmelreich; sie dich in Demut liebend hingeben, sie dient und herrscht zugleich.

Nur eine Mutter weiß allein, Was Lieben heißt und glücklich sein!

Die Zwangsjacke

„Meine lieben Mitbürger, die Sie Ihr Leben in Watte gepackt verbringen — glauben Sie mir, wenn ich Ihnen sage, daß Menschen noch heute in den Gefängnissen hingemordet werden, wie es geschah, seit die ersten Gefängnisse von Menschen erbaut wurden.“ Diese Behauptung beweist Jack London mit seinem Roman „Die Zwangsjacke“ (erschienen im Universitäts-Verlag, Berlin, Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, nur für Mitglieder). Er läßt einen zu lebenslänglichem Kerker Verurteilten, der später dem Strang überliefert wird, die Erlebnisse der letzten Jahre seiner Qual berichten. Es ist ein Buch des Grauens. Der Gefangene wird von den Wächtern und der Gefängnisleitung gefoltert und oft mehrere Tage lang in die Zwangsjacke eingesperrt. Die fieberhaften Phantasien während dieser Tortur erscheinen ihm als Wirklichkeit, die sein Geist, von dem er annimmt, daß er seinen Körper verlassen habe, durchstreift. Immer sind es aufregende und leidvolle Geschehnisse, aber die seltsamen Phantasien sind der einzige Trost des Gemarterten, und dieses Traumleben gibt ihm eine Überlegenheit über seine Peiniger. Diese modernen Sklavenaufseher und Henker werden durch den Widerstand des Gefangenen zu immer stärkeren Scheußlichkeiten angespornt, aber der Gefangene trotz ihnen und glaubt auch noch wenige Minuten vor dem Tode an die Überlegenheit seines Geistes über den Körper und die erbärmliche Umgebung. Mehr als die zügellose Phantasie einer gepeinigten Seele interessiert uns die Darstellung des Daseins eines Eingekerkerten, die Darstellung des modernen und „humanen“ Strafvollzugs, von dem wir sonst nichts erfahren und über dessen Brutalität wir auch nicht aufgeklärt werden, wenn noch so viele Kommissionen durch die Gefängnisse geführt werden. Im Land des konsequenten Hochkapitalismus ist auch das kapitalistische Zuchthausystem am erschreckendsten ausgeprägt. Jack Londons neuer Roman deckt diese Tatsache mit schonungsloser Offenheit auf.



Verbandsleben



Das Tagebuch des Betriebsrats erzählt

Es ist ein Tagebuch, wie wir es in der Schule hatten. Aber keine Aufsätze und Diktate stehen darin, sondern nur ganz einfache Tatsachen. Zum Beispiel: Für neue Schutzvorrichtung in der Dreherei gesorgt — Akkord erhöht — Für vier Kollegen Schmutzzulage herausgeholt — Für einen lange kranken Kollegen eine besondere Beihilfe erlangt — Für die Einstellung zweier Kollegen gesorgt, Überstunden verhindert, Lehrlingsmaßbehandlung verhindert, Meister zurechtgewiesen — Für harte Arbeit besondere Zulage herausgeholt — Für Milch und Mineralwasser gesorgt — Für neuen Waschraum gesorgt — Für sauberen Speiseraum gesorgt — Für neue Spinde gesorgt — Für Sanitätskasten gesorgt und für Ausbildung von Sanitätern; bei besonders schmutzigen Arbeiten muß fortan Seife an die Arbeiter gegeben werden — Zwei Kesselschmied sind bei der Arbeit Löcher in die Anzüge gebrannt, für zwei neue Anzüge gesorgt — Arbeiter R. ist ohne sein Verschulden zu spät gekommen, man hat ihm Strafe abgehalten, er bekommt sie bei der nächsten Löhnung wieder — Arbeiter M. muß seinen Urlaub jetzt schon haben, obwohl seine Zeit noch nicht da ist; er bekommt ihn — Für billige Kohlen gesorgt — Für Brennholz zu geringem Preis gesorgt — — —

Zu diesen kurzen Notizen fügen sich Berichte: Kollege A. ist drei Wochen mit seinem Gewerkschaftsbeitrag zurück. Vertrauensmann B. hat die Sache in die Hand genommen. A. ist nun mit seinen Beiträgen bei. — Kollege C. ist sieben Wochen mit dem Beitrag zurück. Er trinkt gern und vergißt dann, seinen Verband zu bezahlen. Künftig kommt er jeden Freitag in das Betriebsratsszimmer und holt seine Marke. Ein paar ermahnende Worte haben genügt. — In der Abteilung V sind noch Unorganisierte; Vertrauensmänner beauftragt, auf die Arbeiter einzuwirken. Hier sind Zeitungen für sie, Unverstand, Unwissenheit ist meistens die Ursache. — Vertrauensmann D. ist nicht aktiv. In der Vertrauensmännersitzung darüber gesprochen. Vielleicht wird es anders, wenn nicht, so muß ein anderer gewählt werden. — Vor der Fabrik sind Flugblätter gegen die Gewerkschaften und den Betriebsrat verteilt worden. Die Flugblätter sind nicht gezeichnet. Aufklärung schaffen, Feigheit anprangern. Wer die Gewerkschaften und ihre Funktionäre beschimpft und nicht einmal seinen Namen nennt, der ist ein Feind der Arbeiter. — Laufzettel für die Belegschaftsversammlung verteilen. Auf die Arbeiter einwirken, hinzukommen: Es genügt nicht, den Beitrag zu zahlen, viel, viel mehr müssen die Kollegen am Leben der Gewerkschaft teilnehmen. Gleichgültigkeit und Trägheit tun der Wahrheit mehr Abbruch. — Im Blatt der christlichen Gewerkschaften stehen Entstellungen über die Haltung und Taktik des Verbandes. Klärt die christlichen Kollegen auf, daß nur durch gemeinsam geführten Kampf die Forderung durchzusetzen ist und daß Gott immer bei den Reichen war und ist.

Noch andere Dinge stehen im Tagebuch des Betriebsrates: Für Kollegen E. Antrag auf eine Wohnung an das Wohnungsamt geschrieben. Für acht weitere Kollegen ebenfalls. Erfolg in sieben Fällen. — Für das unterernährte Kind des Kollegen B. einen Antrag auf Aufenthalt auf dem Lande an die Stadtverwaltung geschrieben. Erfolg. Ein paar blasse Kinderwangen werden rot. — Für Kollegen C. einen Antrag auf achtwöchentlichen Aufenthalt in einem Erholungsheim an die Berufsgenossenschaft geschrieben. — Für den alten D. einen Antrag auf Gewährung einer Unterstützung an die Werksleitung geschrieben. Er bekommt nun jeden Monat 20 M. — Für den alten Arbeiter eine Karre Kohlen und eine Karre Brennholz herausgeholt — — —

Alles Kleinigkeiten, wird man sagen. Gewiß, aber das Leben des Arbeiters setzt sich aus Kleinigkeiten zusammen. Und wird hierdurch nicht der Grund zum Vertrauen der Arbeiter zu dem Betriebsrat und zu ihrer Gewerkschaft gelegt? Durch die gewissenhafte Kleinarbeit wird den Arbeitern der Beweis erbracht, daß es dem Betriebsrat ernst ist mit der Vertretung der Sache des Arbeiters. Je mehr die Arbeiter dies erkennen, um so größer wird das Vertrauen zu dem Betriebsrat und die Solidarität der Arbeiter im Betrieb gestärkt.

Hans Dohrenbusch.

Bezirks- oder Ortstarif?

Der Branchenleiter der Klempner und Installateure in Düsseldorf schreibt:

Die Kollegen der Klempnerbranche schätzen den Teil der MZ, der den technischen Fortschritt und die Unterhaltung pflegt, aber sie bemängeln, daß die besonderen Fragen der Baubranchen, wie Unfallschutz, Gesellensauschuss bei den Innungen und die damit zusammenhängenden Fragen nicht so behandelt werden, wie es notwendig wäre. Zahlenmäßig treten allerdings die Kollegen der Baubranche in unserer Organisation nicht so stark in Erscheinung, dafür ist aber ihre Mitgliederzahl verhältnismäßig höher. Sie beträgt bei den Heizungsinstallateuren 89,6 vH bei den Klempnern und Installateuren 58,6 vH und den Elektrikern 40,5 vH der im Beruf Beschäftigten. Wenn in den letzten Jahren, trotz schwerer wirtschaftlicher Tiefstände des Bausektors diese Branchen ihre Mitgliederbestände erhöhen konnten, so muß man anerkennen, daß sie innerhalb der Organisation ihre Pflicht getan haben.

Es gibt Fragen, die für die Kollegen dieser Branchen und die Organisation eine schwere Belastungsprobe darstellen. Das ist die Frage des Bezirks- oder Ortstarifes. Es wäre immerhin gut zu erfahren, wie die Kollegen im Reich dazu stehen. Wie diese Dinge sich entwickeln, zeigt die Heizungsbranche, obwohl sich deren Verhältnisse mit denen unserer Branche nicht vergleichen lassen. Einmal ist es die geringe Zahl der Unternehmer in diesem Gewerbe, zweitens die technische und rationale Arbeitsweise im Vergleich zu unserer Branche mit einer überhöhten Zahl von Kleinstbetrieben und Lehrlingen.

Ende 1929 zählte die Heizungsbranche 44 Tarifverträge, davon 10 Bezirksverträge mit 15236 Beschäftigten. Hier von sind in unserem Verbande 14191 oder 89,6 vH organisiert. Im Klempner- und Installationsgewerbe sind dagegen 162 Verträge und davon 6 Bezirksverträge. Die Zahl der Beschäftigten beträgt 24169, hiervon im DMV 14176 oder 58,6 vH.

Wenn heute, nach achtjährigem Bestehen des Bezirksvertrages unserer Branche für Rheinland und Westfalen, sich auch die Kollegen mit dem Vertrag abfinden können, so treten dennoch Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des Bezirksvertrages immer wieder auf, besonders bei einem Neuabschluss und bei Auslegungsdiskussionen vor den Arbeitsgerichten.

Im Jahre 1922/23 kam unter schwerstem wirtschaftlichem Druck auf Antrag der Unternehmer der Vertrag zustande, und es ist verständlich, wenn dies die Kollegen der kleinen Orte mit schwacher Organisation begrüßten. Kommen sie doch nunmehr zu einem geordneten Tarifverhältnis, das für sie große Fortschritte bringt. Daß die Unternehmer aus Tarifmangel zum Bezirksvertrag drängten, ist wohl kaum anzuzweifeln.

Eigentümlicherweise wehren sich gerade die kommunistisch eingestellten Kollegen, entgegen ihrer Parole: „Vergrößerung der Kampfbasis“, mit allen Mitteln gegen den Bezirksvertrag.

Jedenfalls hat sich im rheinisch-westfälischen Bezirk gezeigt, daß es, wenn erst einmal ein Bezirksvertrag vorhanden, kein Zurück mehr gibt, da die Einstellung der Kollegen in den Orten selbst eine zwiespältige ist. Die Gründe mögen in den verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen beim Ablauf eines Lohn- oder Rahmenvertrages liegen. Die Folge ist, daß die Branche in Düsseldorf den schwersten Stand hatte, die Kollegen zu halten, und es ist unverkennbar, daß die persönliche Anteilnahme nachgelassen hat. Sie fühlten sich zurückgesetzt durch die Nichtberücksichtigung der örtlichen Wünsche und die Entziehung des örtlichen Einflusses bei Abschluß von Lohn- und Rahmenverträgen. Ferner bemängelten die Kollegen das geringe Interesse bei Arbeitskämpfen, bei Fragen der Auslösung und bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt der Kollegen in kleineren Orten. Diese Frage hat für viele Kollegen eine große Bedeutung. Dann ist es die Lohnfrage, die für die Kollegen der Großstadt brennender ist, als für die in den Landgebieten.

Daß die Frage: Bezirks- oder Ortstarif? für das Klempnergewerbe in einem kurzen Aufsatz nicht hinreichend geklärt werden kann, ist verständlich. Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß nicht nur die Düsseldorfer Kollegen, sondern auch ein ganz großer Teil der übrigen im Bezirk dem Bezirkstarif voneinander gegenüberstehen und nur aus rein praktischen Gründen zu ihm stehen. Die Schlussfolgerung, die wir gezogen haben, ist die, daß auch ein Bezirksvertrag einen Fortschritt bedeutet für die Kollegen der Branche und der Organisation, wenn die wirtschaftliche Struktur der Orte im Bezirk einheitlich, das Organisationsverhältnis im Bezirk einigermaßen ausgeglichen ist und die tariflichen Bedingungen der Ortsgruppen nicht allzu weit auseinanderliegen.

Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, dann muß erst ein Ausgleich geschaffen werden, und dann wird diese Frage für unseren Beruf nicht mehr die entscheidende Rolle spielen, wie heute.

Die Betriebsräte-Zeitschrift im neuen Gewande

Im Ringen um das Werden eines Betriebsrätegesetzes im Jahre 1919 trat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit der Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie auf den Plan. Damals galt es, den Betriebsräten, die ein Kind der Revolution waren, Ziel und Richtung zu geben und für die gesetzliche Verankerung dieses Fortschrittes des Arbeitsrechtes im Betrieb zu sorgen. Auch spielten noch die unerfreulichen Auseinandersetzungen über die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte im Arbeiterlager eine gewichtige Rolle. Die Betriebsräte sollten den Gewerkschaften abgespenstig gemacht werden und als Führerorganisation über den Massen stehen. In unserem Verband wurde besonders hart darum gerungen. In diesem Kampfe war die Betriebsräte-Zeitschrift eine Waffe. Unser verstorbener Kollege Robert Dißmann führte die Schriftleitung und gab dem jungen Blatt in diesen Auseinandersetzungen eine persönliche Note. Nach dem Tode Dißmanns übernahm Kollege Alwin Brandes die Schriftleitung und führte die BZ im alten Kampfwillen und auf der erprobten klaren Kampfeslinie des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes weiter. Die Kampfbedingungen haben sich inzwischen gewandelt. Die Betriebsräte stützen sich heute auf Erfahrungen und Traditionen. Der Kampf geht nicht mehr um die Betriebsräte an sich, sondern um die Erhaltung des Errungenen, um ihre Schulung und Auswertung ihres Einflusses. Die Neugewandung der Zeitschrift paßt sich den veränderten Bedingungen an. Als wichtig ist die Änderung des Formates zu betrachten. Das Kleinformat, das die Betriebsräte-Zeitschrift im gebundenen Jahrgang als häßlichen Wälzer erscheinen ließ, ist durch Großformat mit eindrucksvollem Titel ersetzt. Die seitherigen Beilagen, Volkswirtschaft und Arbeitsrecht, kommen in Wegfall, dafür ist der Stoff fortlaufend in fünf große Gebiete gegliedert. Die Teile umfassen: Wirtschaft und Politik; Sozialpolitik; Arbeiterbewegung, Chronik des Arbeitsrechtes und Chronik der Wirtschaft. Die Betriebsräte-Zeitschrift erfreut sich seit ihres Bestehens der größten Beachtung durch Freund und Feind, sie ist auch die Schrift, die sich durch die schlimmsten Zeiten hindurch behauptet hat. Die Neugewandung wird ihr neue Freunde zuführen, und das heißt, daß der Einfluß unseres Verbandes sich steigern wird.

Ein neues Bruderblatt in Holland

Es ist erfreulich, daß nun auch im Auslande fleißig an der Ausgestaltung der Gewerkschaftspressen gearbeitet wird. Vor zwei Wochen konnten wir berichten, daß der Österreichische Metallarbeiter-Verband angefangen hat, sein Blatt zu verbessern. Dies wird, so kann man getrost annehmen, weitergeführt werden. Die holländischen Metallarbeiter haben sich neben ihrem wöchentlich erscheinenden Metallarbeiter ein neues Monatsblatt „Onze Gids“ (Unser Führer) geschaffen. Wie aus dem Leitwortsatz: Een nieuwe taak, een nieuw orgaan, der den Verbandsvorsitzenden Peter Danz zum Verfasser hat, hervorgeht, sind namhafte Fachleute für die neue Zeitschrift gewonnen. Sie soll sozialen, wirtschaftlichen und technischen Fragen dienen. Ein sehr vielseitiges und weites Gebiet! Daß dies gründlich beachtet werden wird, dafür bürgen holländischer Fleiß und Beharrlichkeit. Wir heißen den neuen Kampfkollegen der Eisernen Internationale herzlich willkommen.

Georg Umrath, Nürnberg †

Am 8. Januar verschied Kollege Georg Umrath, zweiter Bevollmächtigter unserer Verwaltungsstelle Nürnberg. Obwohl der Verstorbene schon jahrelang mit einem hartnäckigen Leiden zu kämpfen hatte, kommt doch die Todesnachricht für alle überraschend. Er ist nur 55 Jahre alt geworden. Zu Heidelberg geboren, erlernte er das Schlosserhandwerk und zog in die Welt. In Nürnberg fand er seine zweite Heimat. 1897 trat er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglied bei und war auch bald sehr tätig für den jungen Verband tätig. Seine Arbeit fand dadurch Anerkennung, daß der stille, unermüdete Verbandsarbeiter im Jahre 1906 für den Posten eines besoldeten Geschäftsführers erkoren wurde. Auch dann ließ sein Arbeitseifer nicht nach. Er gewann das Vertrauen seiner Kollegen. Von den Gegnern wurde er allezeit wegen seines aufrechten Wesens geachtet. Es liegt eine tiefe Trübsal darin, daß Umrath vierzehn Tage vor seinem Dienstjubiläum von uns scheidet. An diesem Tag wäre ihm manche Ehrengabe einer dankbaren Kollegen-schar zuteil geworden, und man stehen wir trauernd neben einer Witwe und fünf unermüdeten Kindern an der Bahre dieses trefflichen Mitstreiters. Der unerlöschliche Tod schlug dem stillen, pflichtbewußten Arbeiter des Schanzens aus den Händen, mit dem er so wacker für das notleidende Proletariat gekämpft hat. Sein Andenken wird in den Reihen der organisierten Metallarbeiter über das Grab hinaus gewahrt bleiben.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 25. Januar, ist der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Januar 1931 fällig.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsteile ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten können von keiner Verwaltungsteile zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsteile zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsteile erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6494422, lautend auf den Schlosser Peter Hüther, geb. am 22. Februar 1900 zu Heßheim. (Frankenthal)

Anzuhalten und an den Vorstand einzusenden ist das Mitgliedsbuch Nr. 5766962, lautend auf den Schlosser Paul Murswick, geb. am 18. Februar 1888 zu Sagard. (Saßnitz.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.;
von Metallrückern nach St. Louis in Ober-Elsaß (Fa. Gröninger, Aluminiumfabrik) D.;
von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperrungen müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zur Zeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse

der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Dezember 1930

Krankenkasse:	
Einnahmen	139 761,93 M
Ausgaben	31 326,09
Mehreinnahmen	108 435,84
Kassenbestand am 1. Dezember 1930	1 907 459,75
Kassenbestand am 31. Dezember 1930	2 015 895,59
Sterbekasse:	
Einnahmen	36 502,96 M
Ausgaben	33 011,92
Mehreinnahmen	3 491,04
Kassenbestand am 1. Dezember 1930	1 617 783,42
Kassenbestand am 31. Dezember 1930	1 621 274,46

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsteilen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im Januar 1931

Der Vorstand

SCHRIFTENSCHAU

Werkzeug und Werkstatt in der Metallindustrie. Fachblatt für Präzisionswerkzeugbau und spanlose Formung. Erscheint monatlich zweimal. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 M. Verlag Metzger & Co. G. m. b. H. vorm. Karl Pataki, Berlin W 35, Lützowstraße 2. Diese Zeitschrift gehört in den Betrieb und in die Hände des Werkzeugmachers. Sie hält den Fachmann über die Neuerungen in der Werkzeugtechnik auf dem laufenden.

Freitags Handbuch für den Maschinenbau. Für Maschineningenieure sowie für den Unterricht an technischen Lehranstalten. Herausgegeben von P. Gerlach, Professor an der staatlichen Akademie für Technik zu Chemnitz, unter Mitarbeit von Professor Dipl.-Ing. M. Köhnen, Dipl.-Ing. E. Luppberger, Professor Dr.-Ing. G. Sandel, Professor A. Schmidt, Dipl.-Ing. F. Schulte, Professor Dr.-Ing. G. Unolt, Professor Dr. F. Wicke und Professor Dipl.-Ing. Dr. Zietmann. Es ist die 8. teilweise vollständig umgearbeitete Auflage, die mit 2673 in den Text gedruckten Abbildungen und 4 Konstruktionsstufen versehen ist. Der Inhalt ist gegliedert nach Mathematik, technischer Mechanik, Warm-Mechanik, Dampfmaschinen, Dampfturbinen, Verbrennungskraftmaschinen, Wasserkraftmaschinen, Lasthebwerke, Werkzeugmaschinen, Elektrotechnik usw. Dieses vollkommene Werk ist zum Preise von 24 M erhältlich. Bei Partipreis wird noch ein weiterer Nachlaß gewährt. Verlag Julius Springer, Berlin W 9, oder in der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148.



Aus aller Welt



Bezahlter Urlaub

Der bezahlte Urlaub ist bereits in einigen Ländern gesetzlich geregelt. Die Arbeiter haben Urlaubsanspruch in Brasilien, Finnland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Polen, Rumänien, Rußland und der Tschechoslowakei. Den Angestellten im allgemeinen steht Urlaub zu in Chile, Finnland, Italien, Luxemburg, Österreich, Salvador, im Schweizer Kanton Tessin und in der Tschechoslowakei. Auf Handelsangestellte beschränkt ist der gesetzliche Urlaub in Griechenland und einigen Kolonialländern. Gewisse andere Berufsgruppen haben einen gesetzlichen Urlaubsanspruch in Dänemark, Island, Österreich, der Tschechoslowakei und drei Schweizer Kantonen. Gesetzentwürfe über Einführung des bezahlten Urlaubs liegen derzeit den Parlamenten von Belgien, Frankreich und Großbritannien vor.

In Belgien brachte im November 1929 die sozialistische Partei den Entwurf eines Gesetzes ein, wonach allen Beschäftigten in Industrie, Handel und Landwirtschaft ein bezahlter jährlicher Urlaub gewährt werden soll, dessen Dauer mit sieben Tagen nach einem Jahr Beschäftigung, mit 14 Tagen nach fünf Jahren und mit 21 Tagen nach 15 Jahren bemessen ist.

Der sozialpolitische Ausschuss des französischen Abgeordnetenhauses hat einen günstigen Bericht über den Gesetzentwurf betreffend Arbeiterurlaub erstattet. Auch der Ausschuss für Handel und Gewerbe und der Landwirtschaftsausschuss haben sich zustimmend geäußert. Der Arbeitsminister äußert die Erwartung Ausdruck, daß eine für alle Teile befriedigende Lösung der Urlaubsfrage gefunden werden würde.

In Großbritannien wurde am 15. November 1929 in weiterer Lesung ein Gesetzentwurf angenommen, demzufolge allen Arbeitern, die seit 12 Monaten bei dem gleichen Unternehmer beschäftigt sind, ein bezahlter Jahresurlaub zu gewähren ist. Während des letzten Jahres erhielten zum ersten Male 11 Arbeiter der staatlichen Betriebe einen Urlaub von sechs Tagen.

Bezüglich der Voraussetzungen des Urlaubsanspruchs und der Dauer des Anspruchs sind die gesetzlichen Bestimmungen in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Alle Gesetze machen die Gewährung von Urlaub abhängig von einer gewissen Dauer der Beschäftigung bei einem und demselben Fabrikanten. In der Regel schwankt die Wartezeit, nach deren Zurücklegung bei demselben Unternehmer Anspruch auf Urlaub in einer Mindestdauer entsteht, zwischen sechs Monaten und einem Jahr. In den meisten Ländern verlängert sich die Dauer des Urlaubs mit der Dauer der Beschäftigung. Oft sind in demselben Lande die Wartezeiten und die Urlaubsdauer für Arbeiter einerseits und Angestellte andererseits ungleich bemessen.

Einheitlich ist die Wartezeit und Urlaubsdauer der Arbeiter in Brasilien (nach einem Jahr 14 Tage), Lettland (nach sechs Monaten zwei Wochen) und Rußland (nach 5/2 Monaten zwei Wochen). Sonst ist die Urlaubsdauer entsprechend der Dauer der Beschäftigung abgestuft. In Österreich zum Beispiel währt sie nach einem Jahr eine Woche, nach fünf Jahren zwei Wochen. In Polen besteht nach einem Jahr Anspruch auf acht Tage, nach drei Jahren auf 15 Tage Urlaub. In Rumänien steigt die Urlaubsdauer von 7 Tagen nach einem Jahr, auf 10 Tage nach drei bis fünf Jahren und auf 14 Tage nach fünf bis zehn Jahren, worauf ein weiterer Urlaubstag (bis zu insgesamt 30) auf jedes weitere Jahr der Beschäftigung trifft. In der Tschechoslowakei ist die Urlaubsdauer nach einem Jahr 6 Tage, nach zehn Jahren 7 Tage und nach 16 Jahren 8 Tage. Einige Länder haben eine besondere Regelung des Urlaubs jugendlicher Arbeiter getroffen, und zwar ist entweder eine kürzere Wartezeit oder eine längere Urlaubsdauer nach Zurücklegung der Mindestwartezeit vorgesehen oder beides.

Der Urlaub der Angestellten ist günstiger geregelt als der der Arbeiter. In Österreich zum Beispiel beträgt er nach 6 Monaten Wartezeit bereits 2 Wochen, nach 5 Jahren 4 Wochen, nach 10 Jahren 4 Wochen und nach 25 Jahren 6 Wochen. In der Tschechoslowakei haben Angestellte nach

6 Monaten Wartezeit auf 10 Tage, nach 5 Jahren auf 2 Wochen, nach 15 Jahren auf 3 Wochen Urlaub Anspruch. In Finnland verlängert sich die Urlaubsdauer der Angestellten von einer Woche nach 6 Monaten Wartezeit auf einen Monat nach zehn Jahren usw.

Die Zeit des Urlaubsantritts zu bestimmen, bleibt häufig dem Unternehmer überlassen. Manche Gesetze sehen diesbezügliche Vereinbarungen zwischen den Parteien und nötigenfalls Berufung an eine bestimmte Stelle vor. Nach dem finnländischen Gesetz ist der Urlaub in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September zu nehmen. Die Gesetze Polens und der Tschechoslowakei bestimmen, daß der Hälfte der Arbeiter zwischen dem 1. Mai und 30. September Urlaub zu geben ist.

Bezüglich der Stückarbeiter bestimmen einige Gesetze den Zeitraum, der zur Berechnung eines Durchschnittslohnes zu dienen hat. Besondere Bestimmungen gelten manchmal für Arbeiter, die Naturalbezüge erhalten. Angaben über die Zahl der Arbeiter, die tatsächlich in den Genuß des bezahlten gesetzlichen Urlaubs kommen, liegen nicht vor.

Häufig ist der bezahlte Urlaub in Tarifverträgen geregelt, und zwar auch in Ländern, wo ein gesetzlicher Urlaubsanspruch besteht; hier handelt es sich gewöhnlich um vertragliche Festlegung günstigerer Bedingungen als der im Gesetz vorgesehenen.

In Großbritannien zum Beispiel ist durch Tarifverträge etwa 1 1/2 Millionen Arbeitern ein bezahlter Urlaub gesichert. Mit wenigen Ausnahmen bestimmen diese Gesamtverträge, daß Urlaubsanspruch erst dann besteht, wenn der Arbeiter eine gewisse Zeit, und zwar gewöhnlich sechs oder zwölf Monate, in demselben Betriebe beschäftigt war. Manchmal wird Arbeitern, deren Beschäftigungsdauer kürzer ist, nicht der volle, sondern ein entsprechend verkürzter Urlaub gewährt. Von den für das ganze Land geltenden Vereinbarungen setzen neun eine Wartezeit von sechs Monaten fest; es sind das die Verträge für die Sprengstoffindustrie, die Industrie der Farben und Lacke; die Zündhölzfabrikation, die Erzeugung von Druckfarben, die Bleihütten, die Getreidemüllerei, die Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenherstellung, die Tapetenerzeugung und die Gaswerke. Weitere zehn Landestarifverträge sehen eine Wartezeit von 12 Monaten und eine Urlaubsdauer von 1 bis 2 Wochen vor. Bloß drei Landesverträge enthalten keine Bestimmungen über Wartezeiten. Zahlreicher sind die Bezirks- und Ortsverträge.

In viel weiterem Umfang als in Großbritannien ist der Urlaub der Arbeiter in Deutschland durch Gesamtverträge geregelt. Von 10 625 000 Arbeitern, für die im Jahre 1928 Gesamtverträge galten, hatten 10 124 000 irgendeinen Urlaubsanspruch, dessen Dauer gewöhnlich 8 bis 12 Tage betrug und nur in 12 vH der Fälle länger als 12 Tage währte. Von 1 642 000 an Gesamtverträgen beteiligten Angestellten hatten 1 604 000 ein Recht auf Urlaub.

In den Niederlanden bestanden nach der amtlichen Statistik am 1. Juni 1929 1101 Gesamtverträge, die für 12 268 Betriebe mit 290 738 Arbeitern galten. Bestimmungen über die Gewährung eines bezahlten Urlaubs enthielten 841 dieser Verträge, an denen 235 691 Arbeiter beteiligt waren.

In Schweden wurde eine Erhebung über Arbeiterurlaube vom Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge veranstaltet. Sie ergab, daß Ende 1928 398 866 Arbeiter Urlaubsanspruch hatten, das heißt etwa 80 vH aller jener Arbeiter, deren Arbeitsverhältnisse durch Gesamtverträge geregelt waren.

In Norwegen enthielten alle Ende 1928 bestehenden Gesamtverträge Bestimmungen über bezahlten Urlaub, dessen Dauer gemäß 414 Verträgen bis zu 6 Tagen, nach 574 Verträgen bis zu 2 Wochen und nach 29 Verträgen über 2 Wochen währte.

In der Schweiz hatten im Jahre 1926 von 366 000 industriellen Arbeitern 148 000 Urlaubsanspruch.

In Frankreich ergab eine Erhebung von 1928, daß bloß 52 760 Arbeitnehmer einen bezahlten Urlaub hatten. Auch in Belgien wird bezahlter Urlaub erst selten gewährt.

Deutsche Zustände in amerikanischem Lichte

Aus Detroit schreibt ein früherer deutscher Kollege unter anderem:

Ich verfolge seit längerer Zeit die Berichte über die Verhältnisse im alten Vaterlande, besonders soweit sie sich auf die Preise und Löhne beziehen. Meine Schlußfolgerung will ich den deutschen Kollegen nicht vorenthalten:

Eins wissen wir ja hüben wie drüben, daß es heutzutage in keinem Lande der Welt rosiger aussieht, was ja im Grunde genommen die Folge des unseligen Krieges ist. Eins aber steht fest, daß es fast in allen Großstaaten der Welt dem Arbeiter besser geht als in Deutschland. Wir haben hier in Amerika jetzt auch über 5 Millionen Erwerbslose, immerhin kann sich der kleine Mann, wenn er noch einigermaßen Beschäftigung hat, doch noch leidlich sattessen.

Um einen Vergleich der Lebensverhältnisse von Amerika und Deutschland zu geben, muß ich die Kaufkraft eines Stundenlohnes in den Vereinigten Staaten der in Deutschland gegenüberstellen. Der gute Facharbeiter verdient hier 1 Dollar die Stunde und etwas darüber. Zu meiner Zeit war in Deutschland der Stundenlohn für einen guten Facharbeiter 1 M. Also, wofür ich in Deutschland 1 M erhielt, bekomme ich hier in Amerika viermal mehr. Damit man nun nicht antwortet, in Amerika sind auch die Lebensmittel entsprechend teuer, will ich deren Preise, wie ich sie zahle, hierher setzen: Man kann sich hier für 1 Stundenlohn oder 1 Dollar kaufen:

2 1/2 bis 4 Dutzend Eier, je nach Qualität, Butter 3 bis 3 1/2 Pfund, Fleisch 3 bis 4 Pfund, Schinken 3 bis 4 Pfund, Wurst alle Sorten 3 bis 5 Pfund, Zucker 20 Pfund, Mehl 30 Pfund, Kaffee 2 1/2 bis 4 Pfund, Apfel, feinste, 16 bis 20 Pfund, Weintrauben 16 bis 20 Pfund, Pfirsiche in Kannen 6 Kilogramm 1 Dollar, Apfelsinen 6 bis 8 Dutzend usw. Nun komme ich zu den anderen Gebrauchsartikeln. Ein guter Anzug kostet 23 Dollar, ein Paar Schuhe 2 bis 4 Dollar, Oberhemd 1 Dollar usw. Ein Liter Benzin (das der amerikanische Arbeiter nicht zum Trinken braucht, sondern für sein — Automobil) kostet hier in Detroit zurzeit 3 Cents, 32 Liter für 1 Dollar. Etwas unterschiedlich sind hier Maß und Gewicht, es wird ungefähr 10 vH geringer sein.

Wie steht es nun in Deutschland mit den Preisen? Was kann sich dort der Arbeiter für 1 Stundenlohn kaufen? Um Raum zu sparen, können sich das meine deutschen Kollegen selbst ausrechnen. Den so gesparten Raum will ich zu einer Betrachtung verwenden, wie man hier den Freisabbau betreibt und wie dort. In Deutschland geht man mit schweren Herzens 5 Pf. herunter, und da muß noch ein extra eingestellter Kommissar mit 10-, 20- oder 50 000 M Einkommen einspringen, wie z. B. in Berlin, und das Volk ist — zufrieden. Dagegen hier, was man im letzten Jahr für 8,50 Dollar kaufen konnte, kauft man in diesem Jahr für 5,50 Dollar. Die sogenannte Kartellwirtschaft verteuert dort dem armen Teufel das Leben, hier verkauft ein Händler die Kohlen für 10 Dollar, der andere für 6 Dollar, wogegen in Deutschland feststehende Preise für jeden Händler bestehen. Man läßt Millionen von Tonnen auf der Halde liegen — und das Volk friert.

Viele Leser werden nun sagen, ja, wir haben soviel an Reparationen zu zahlen. Ganz richtig. Aber: ich habe vor mir gerade die Detroit-Abendpost, darin lese ich zu meinem größten Erstaunen, daß der Oberbürgermeister von Köln ein Jahresgehalt von 108 250 M bezieht, pensionsberechtigt sind 71 250 M. Dazu kommen noch Wohnungsgeld 43 000 M. und Aufwandsentschädigung (was ist das, deutscher Arbeiter?) von 10 000 M. Das Wohnungsgeld wird ihm bis zur Höhe von 20 000 M, die anderen Summen voll auf die Pension angerechnet. Ja, lieber deutscher Arbeiter, wenn du keine solche Bürgermeister hättest, du könntest schon viel Reparationen bezahlen! Und das bittere an der Sache ist, daß sich der Herr am meisten sträubt gegen einen Abzug seiner unerhört hohen Bezüge. Wäre es nicht genug, wenn der Herr 2000 M den Monat hätte, das wäre noch zehnmal soviel als du guter Facharbeiter bekommst. Es würde mich freuen, wenn mir jemand beweisen könnte, daß ich dem Herrn Unrecht getan hätte, und noch mehr würde es mich freuen, wenn ich mal in der Zeitung lesen könnte, daß der Herr Oberbürgermeister von Köln 100 000 bis 200 000 M gäbe für die armen Kinder der Stadt Köln, deren es doch gewiß sehr viele gibt, die am Weihnachtsfest mit weinenden Augen ihre armen Eltern anblickten, weil das Christkind nicht zu ihnen gekommen ist. P. H.

Barcelona

Kein eigentlicher Belagerungszustand besteht hier, er wirkt sich mehr unterirdisch aus in dieser größten Stadt Spaniens. Viel Polizei auf den Straßen, Ansammlungen, hier und da Kravalle. Autobusse werden verbrannt, auf der Plaza de Cataluna brennt die Feuer von Streikenden angezündet, und die mit den Stühlen genährt werden, die von den ringsum liegenden Kaffeehäusern geraubt wurden. Es gibt Tote und Verwundete.

Wer zeugt von dem Elend, dem auch hier die vielen Erwerbslosen ausgesetzt sind? Die Krise ist noch lange nicht beendet, streiks, teils politischen, teils wirtschaftlichen Ursprungs, erschüttern das Land. Schon Jahre währt die Inflation, die Preise für Naturalien steigen ins Ungemessene, und die Löhne können sich dem nicht anpassen, dazu die Unsicherheit im Wirtschaftsleben. Es besteht Mangel an Rohstoffen, der zur Einschränkung der Produktion und Erwerbslosigkeit führt, wenn auch nicht in so großen Ausmaßen wie in Deutschland.

Ein rätselhaftes Land und eine rätselhafte Stadt. Die Einbeobachteten sind dem Fremden gegenüber gutmütig und hilfsbereit. Sie sind lebenswürdig und überbietet sich in Gefälligkeiten. Der Spanier ist im allgemeinen gastfreundlich, seine Beamten höflich und entgegenkommend, auch die Polizei. Unsere deutschen Beamten könnten in diesem Punkt von ihren spanischen Kollegen allherd lernen.

Lebensmittel, wie Fleisch, Wurst, Butter und auch gute Früchte, sind teuer. Der spanische Arbeiter lebt, seiner einfachen Lebenshaltung entsprechend, billiger. Er ist gänzlich auf die gängigen Produkte seines Landes angewiesen. Weißbrot, Oliven und Fische sind billiger als in Deutschland, guter Wein ebenfalls. Um aber als Mitteleuropäer mit Familie bei einigermaßen anständiger Lebenshaltung hier bestehen zu können, sind neben guter Kenntnis der Sprache, wenn möglich noch des Katalanischen, 120 Pesetas wöchentlich nicht zu hoch veranschlagt.

Tariflich festgelegte Löhne gibt es wenig. Der Durchschnitt wird für den Gelehrten 60 bis 70 Pesetas wöchentlich kaum überschreiten. Ich meine die Metall verarbeitende Industrie. Spanisch sprechende Deutsche haben immerhin die Möglichkeit, mehr zu verdienen.

Aber! In Barcelona Arbeit zu erhalten, ist schwer, sehr schwer. Man lasse den eingewanderten deutschen Arbeiter mit den Handelskammern zufrieden. Allen, die es noch nicht wissen, sei gesagt, daß sich diese von den deutschen Arbeitern völlig verkannten Vertretungen nicht mit Arbeitsbeschaffung befassen, sondern lediglich wirtschaftlichen Zwecken dienen, von Syndizis geleitet werden und die den Handel und Verkehr zwischen den Nationen vermittelnden Stellen sind. Die deutschen Konsulate in Spanien sind überlaufen. Tragödien spielen sich dort ab. Deutsche betteln auf den Straßen ihre Landsleute an. Der deutsche Hilfsverein kann, weil kein Geld da ist, nur bei wirklich dringenden Fällen einspringen. Der Deutsche Klub in Bar-

celona ist zum größten Teil streng national und hält sich abseits. Von Gewerkschaften in deutschem Sinne ist wenig zu verspüren. In Barcelona wiegt die syndikalistische Bewegung vor. Die Arbeiter streiken in letzter Zeit meist aus politischen Beweggründen, vereinzelt werden auch Lohnforderungen ausgetragen, doch vermißt man die Zentralisation, wie wir sie in Deutschland kennen. Möglich, daß das große Analphabetentum, das allerdings in Barcelona geringer ist als im übrigen Spanien, verantwortlich dafür zu machen ist. Die Katalanen sind äußerst geschickte Handwerker, flinke, lebendige, selbstsichere Menschen, und der streikende Arbeiter Barcelonas ist ein zu jedem Opfer bereiter Kämpfer.

In den Hafenvierteln häuft sich viel Elend. Enge Gassen und dumpfe Wohnungen, die oft vor Menschenschweiß und Unrat starren. Der Mangel an gesundheitlichen Einrichtungen schlägt in die Augen. Die Prostitution blüht. Vor ihren Tempeln stehen die Männer zu dreißig hintereinander, der „Freude“ harrend.

Wer da will, mag Spanien ein sehr freies Land nennen. Die Jagd ist frei; man kann ungehindert ins Freie ziehen und auf jedes Getier knallen. Eine Natur, die ihre Gaben in verschwenderischer Fülle spendet. Vom Arbeitslohn kein Abzug — aber auch keine gesetzlich gewährleistete Hilfe in der Not. Was könnte dieses, von der Natur so gesegnete Land seinen Arbeitern bieten, wenn nicht auch hier die sozialen Unterschiede so kraß wären, fast noch krasser als anderswo! Vor dieser harten Tatsache verblaßt für den Proletarier die Romantik Spaniens. Sie verunstet vor der Not, die einem allerwärts entgegenstarrt.

Und dennoch kann man nicht umhin, das Land und die Stadt Barcelona schön zu nennen. Ihre Innenstadt ist quadratisch angelegt, sie hat große Plätze und allenthalben Palmen, Luft, Licht und Sonne im Überfließ. Über den „Colon“ ziehen Schafe, zwischen den Palmen, die zu beiden Seiten diese Allee zieren. Der Winter läßt zum Bummeln ein, denn er ist erwärmt durch eine warmstrahlende Sonne. Und gegenüber dem Standbild des „Colon“, dessen Hand in die Ferne stößt, brandet breit das Meer.

Arbeitslosigkeit unten und oben

Die Arbeitslosigkeit wirkt sich vornehmlich unten aus, das heißt bei jenen Menschen, die ihr tägliches Brot mit täglicher Arbeit verdienen müssen. Oben, wo sowieso keine Not herrscht, wird nicht nur nicht abgebaut, sondern es werden noch neue Stellen geschaffen. J. Schorsch, der Sekretär des österreichischen Gewerkschaftsbundes, sagte darüber: „Früher mußte aus den Erträgen des Betriebes ein Unternehmer mit seiner Familie leben, heute aber sehen wir, daß solche Fabrikbetriebe zehn bis fünfzehn Direktoren haben und daß die Gesamtsumme ihrer Gehälter das Doppelte und Dreifache und selbst das Fünffache des Ertrages ausmacht, das in der Vergangenheit als Unternehmensgewinn gebucht werden konnte.“

Sowjetrußland

Neue Klagen über die Behandlung ausländischer Arbeiter

In den Materialien zur Sozialpolitik der Sowjetunion ist bereits mehrfach über die starke Mißstimmung berichtet worden, die unter den in Rußland beschäftigten ausländischen Arbeitern herrscht. Von dem Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und der Sowjetregierung sowie der Parteistellen sind in diesem Zusammenhang mehr als einmal energische Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände bei der Behandlung der ausländischen Arbeiter angekündigt und angeordnet worden. Indessen muß die Sowjetpresse immer neue Klagen ausländischer Arbeiter veröffentlicht. Der Trud (vom 5. Januar 1931) berichtet über die Klagen der im Moskauer Gebiet tätigen 786 ausländischen Metallarbeiter und Fachleute: Der Moskauer Bezirksrat des Metallarbeiterverbandes habe die Beschlüsse des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die politische und wirtschaftliche Arbeit unter den in Rußland tätigen ausländischen Arbeitern unberücksichtigt gelassen.

In der Fabrik Isolit hatten zwei deutsche Arbeiter wertvolle Rationalisierungsvorschläge eingereicht. Der Direktor der Fabrik erklärte jedoch, daß er als „proletarischer Direktor eine Änderung der Produktionsmethoden nicht zulassen“ könne. In Tula nahmen die dort tätigen 80 ausländischen Arbeiter an den Jahresfeiern des Sowjetregimes im November nicht teil, weil sie einfach nicht eingeladen wurden. Auf der Podolski-Mechanischen Fabrik hatte der deutsche Fachmann P. im Laufe von vier Monaten 65 wertvolle Rationalisierungsvorschläge eingereicht, deren Verwirklichung nicht nur die volle Durchführung des Produktionsplanes sichergestellt, sondern auch die Fabrik von Importausrüstungen unabhängig machen würde. Weder der Betriebsrat noch die Betriebsleitung haben es jedoch für notwendig gehalten, diese Vorschläge zu berücksichtigen. Sie beschränkten sich auf einige Komplimente. Auf der Uhrenfabrik Nr. 1 in Moskau hatten die dort tätigen deutschen Fachleute eine neue Anlage aufgestellt, von den russischen Ingenieuren wurde jedoch erklärt, daß von den Deutschen nichts zu lernen sei und daß die Russen viel besser arbeiten als die Ausländer.

Am 2. Dezember erklärten in einer Versammlung der ausländischen Arbeiter des Moskauer Proletarski-Bezirks deutsche, tschechische, österreichische und amerikanische Arbeiter in starker Erbitterung, daß ihre Arbeit immer von neuem erschwert würde. Sie seien von der Umgebung isoliert und sähen nichts von den Ergebnissen ihrer Arbeit. Die Ausländer erklärten, daß die nationalistische Stimmung unter dem russischen Fabrikpersonal noch sehr stark sei.

